

1. Forschungen

Michael Gehler

Geschichte vergleichender Parteien – Außenpolitik und Mitgliedschaft in der Europäischen Union

SPÖ und ÖVP in internationalen Organisationen
und transnationalen Netzwerken 1945–2005

I. Vorbemerkung: Begriffliches, Inhaltliches und Methodisches

In der politikwissenschaftlichen Forschung stößt man vermehrt auf das Konzept der „network governance“, um die Entstehung und das Funktionieren der Europäischen Union (EU) zu verstehen und zu deuten.¹ In diesem Kontext gehen Rhodes, Eising und Kohler-Koch davon aus, dass sowohl *in*, als auch *durch* Netzwerke regiert wird.² Dagegen führen beispielsweise Peterson und Bomberg an, dass Netzwerke zwar ein wichtiges Kennzeichen des EU-Mehrebenensystems bilden.³ Sie sind aber offensichtlich kein spezielles Charakteristikum der EU, sondern gelten laut Scharpf grundsätzlich als ein bestimmendes und daher wiederkehrendes Element moderner Staatlichkeit im 21. Jahrhundert.⁴

- 1 Eine stark gekürzte Version dieses Beitrags erschien zuerst unter dem Titel: Parteipolitik in transnationalen Netzwerken. Ein Vergleich zwischen SPÖ und ÖVP mit einem Ausblick ins 21. Jahrhundert, in: Michael Gehler/Wolfram Kaiser/Brigitte Leucht (Hg.): Netzwerke im europäischen Mehrebenensystem. Von 1945 bis zur Gegenwart/Networks in European Multi-Level Governance. From 1945 to the Present (Institut für Geschichte der Universität Hildesheim, Arbeitskreis Europäische Integration, Historische Forschungen, Veröffentlichungen 6), Wien/Köln/Weimar 2009, S. 165–183.
- 2 R. A. W. Rhodes: Understanding Governance. Policy Networks, Governance, Reflexivity and Accountability, Buckingham 1997; Rainer Eising/Beate Kohler-Koch: Introduction. Network Governance in the European Union, in: dies. (Hg.): The Transformation of Governance in the European Union, London 1999, S. 3–13, siehe zuletzt auch den inhaltlich wie methodisch vielseitig und interdisziplinär angelegten Band von Berthold Unfried/Jürgen Mittag/Marcel van der Linden (unter Mitarbeit von Eva Himmelsstoss) (Hg.): Transnationale Netzwerke im 20. Jahrhundert. Historische Erkundungen zu Ideen und Praktiken, Individuen und Organisationen. Transnational Networks in the 20th Century. Ideas and Practices, Individuals and Organizations (ITH-Tagungsberichte 42), Wien 2008.
- 3 John Peterson/Elizabeth Bomberg: Decision Making in the European Union, Basingstoke 1999 zur Frage der Netzwerke und der Historie bzw. der Geschichtswissenschaften siehe Christoph Boyer: Netzwerke und Geschichte. Netzwerktheorien und Geschichtswissenschaften und Wolfgang Neurath/Lothar Krempel, Geschichtswissenschaft und Netzwerkanalyse. Potenziale und Beispiele, in: Unfried/Mittag/Van der Linden (Hg.): Transnationale Netzwerke im 20. Jahrhundert, S. 47–58, 59–79.
- 4 Fritz W. Scharpf: Die Handlungsfähigkeit des Staates am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts, in: Politische Vierteljahresschrift 4 (1991), S. 621–634; Jürgen Mittag: Kleine Geschichte der Europäischen

Während das fortwährende Dasein und die dauerhafte Existenz von Netzwerken in der EU nicht unbestritten sind, so gibt es immerhin Konsens darüber, dass es keinesfalls so ist, dass die politischen Vorgänge und Entscheidungen in der EU allein von Mitgliedstaaten beherrscht bzw. gefällt, d. h. von ihnen monopolartig kontrolliert werden. Bache, Flinders, Peterson, Hooghe und Marks gehen von einer Vielzahl öffentlicher und privater Akteure auf diversen Ebenen des Regierens aus.⁵ Es ist Tanja Börzel zuzustimmen, dass die Frage, welche Rolle Netzwerke für das Regieren in der EU spielen, eine empirische Frage ist, also fallbezogen bleibt.⁶ Das Gleiche dürfte auch für Netzwerke außerhalb des engeren EU-Regierungssystems gelten.

Zu Recht insistiert Börzel auf die Verwendung einer klaren Terminologie. Sie unterscheidet systematisch zwischen „Regieren in Netzwerken“ und „Regieren durch Netzwerke“ („network governance“). Mit Pappi und Henning hält sie den Befund der Vielfalt von diversen Netzwerkvorstellungen fest.⁷ Börzel differenziert weiters zwischen Studien, die Netzwerke als quantitatives oder qualitatives Instrumentarium der Analyse verwenden. Sie unterscheidet ferner zwischen dem Verständnis von Netzwerken als „ein bestimmter Typ der Interessensvermittlung“ einerseits und „einer spezifischen Governance-Form“ andererseits. Die quantitative Netzwerkanalyse gestatte es, so Börzel, „soziale Strukturen zu bestimmen und die Beziehungen zwischen Akteuren auf ihre Kohäsion, strukturelle Äquivalenz und räumliche Repräsentanz“ durch quantitative und modellhafte Methoden zu beleuchten. Die qualitative Netzwerkanalyse hingegen sei „eher prozess-orientiert“. Nicht so stark auf Interaktionsstrukturen zwischen Akteuren Wert legend, wendet sie sich den Inhalten dieser Interaktionen zu, „die mit Hilfe qualitativer Methoden wie Interviews oder Diskursanalysen erfasst werden sollen“. Mit Pappi geht sie davon aus, dass sich beide Ansätze keineswegs ausschließen, sondern wechselseitig ergänzen,⁸ eine Auffassung, die auch der Verfasser dieses Beitrags teilt und hier umzusetzen versucht, wobei er sich angesichts seines hier zu behandelnden Themas, das heisst u. a. mangels Masse von Akteuren in diesem Falle eher der qualitativen Methode verpflichtet fühlt.

Union. Von der Europaidee bis zur Gegenwart, Münster 2008.

- 5 Ian Bache/Matthew Flinders: *Multi-Level Governance*, Oxford 2005; John Peterson: *Policy Networks*, in: Antje Wiener/Thomas Dietz (Hg.): *European Integration Theory*, Oxford 2004, S. 117–135; Liesbet Hooghe/Gary Marks: *Unravelling the Central-State, but How? Types of Multi-Level Governance*, in: *American Political Science Review* 2 (2003), S. 233–243.
- 6 Tanja A. Börzel: *Informelle Politik in Europa: Regieren in oder durch Netzwerke?*, in: Gehler/Kaiser/Leucht (Hg.): *Netzwerke im europäischen Mehrebenensystem*, S. 27–38, hier S. 27.
- 7 Dies.: *Organising Babylon. On the Different Conceptions of Policy Networks*, in: *Public Administration* 76 (1998), S. 253–273; Franz Urban Pappi/Christian H. C. A. Henning: *Policy Networks. More than a Metaphor*, in: *Journal of Theoretical Politics* 4 (1998), S. 553–575.
- 8 Pascal Sciarini: *Elaboration of the Swiss Agricultural Policy for the GATT Negotiations. A Network Analysis*, in: *Schweizer Zeitschrift für Soziologie* 1 (1996), 85–115. Für einen Versuch, die beiden Konzepte in einem „policy area network approach“ zusammenzubringen siehe Franz Urban Pappi: *Policy-Netzwerke. Erscheinungsform moderner Politiksteuerung oder methodischer Ansatz?*, in: Adrienne Héritier (Hg.): *Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung*, Opladen 1993, S. 90–93, Börzel: *Informelle Politik in Europa*, S. 28.

Um mit Börzel fortzufahren: Angenommen wird ferner, dass Netzwerke, die „Status und Macht bestimmter Interessen in einem Politikfeld abbilden, Politikergebnisse nachhaltig beeinflussen, ohne sie allerdings vollständig zu determinieren“.⁹ Der Austausch und die Beziehungen können in Regelmäßigkeit, Stärke und Zahl differieren. Die Struktur von Netzwerken stellt einen wichtigen Anhaltspunkt für Kosten-Nutzen-Kalküle der daran teilhabenden Akteure dar. Ausgehend davon entscheiden sie sich für bestimmte Strategien, wie die quantifizierende Analyse von Henning über Politiknetzwerke in der Landwirtschaftspolitik der EU demonstriert.¹⁰

Eine spezifische Definition von „network governance“ meint „alle Akteure, die an der Formulierung und Umsetzung von Politikprogrammen in einem Politikfeld beteiligt sind“. Dabei haben solcherlei Netzwerke einen „vorwiegend informellen Charakter“, der die „Austauschbeziehungen zwischen öffentlichen und privaten Akteuren“ kennzeichnet, „die ein gemeinsames Interesse an der Lösung kollektiver Probleme haben“.¹¹ Manche Autoren argumentieren, den Governance-Begriff ausschließlich für solche netzwerkartigen Beziehungen zwischen öffentlichen und privaten Akteuren vorzubehalten. Ein solch enges Verständnis von Netzwerken hält Börzel kaum mit der Governance-Literatur für vereinbar, die zwischen drei Idealtypen von „governance“ unterscheidet: Hierarchie, Markt (Wettbewerbssysteme) und Netzwerke (Verhandlungssysteme). Um den enger definierten Begriff der Netzwerke mit der Governance-Literatur zusammenzuführen, benutzt Börzel bewusst den Begriff der „Verhandlungssysteme“, von dem Netzwerke einen spezifischen Subtyp darstellen.¹²

Nähern wir uns der Thematik noch von einem anderen, nämlich einem inhaltlichen Ausgangspunkt: Der Begriff des „Netzwerks“ hat in der deutschen Sprache keine wertfreie Bedeutung. Die Rechtsextremismusforschung verwendet diesen für Verbindungen demokratiefeindlicher Gruppen. Unabhängig davon wird mit „Netzwerken“ grundsätzlich die Frage nach der Legitimität aufgeworfen, insbesondere aber ein Mangel an Repräsentativität und Transparenz – d. h. die demokratiepolitische Problematik – assoziiert. Hand in Hand mit dem Begriff gehen auch Verschwörungstheorien. Die dem Netzwerk-Begriff innewohnende Ambivalenz gilt es zu reflektieren. Nicht ohne Grund meinte beispielsweise Österreichs ehemaliger Bundeskanzler (1986–1997) Franz Vranitzky, befragt nach diesem Mittel der internationalen Politik der SPÖ: „Den Begriff ‚Netzwerke‘ stelle ich nicht in den Vordergrund. Er scheint mir im politischen Gebrauch nicht nur schmückend zu sein.“¹³

Netzwerke sind nicht nur auf außen-, sondern auch innenpolitischer Ebene zu beachten. Im Zusammenhang mit dem 2007 neu gewählten ÖVP-Obmann Wilhelm Molterer titelte die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* mit „Vielfach vernetzt“. Damit wurde die Eigenschaft eines politischen „allrounders“ angesprochen, der nahezu auf allen Feldern der Innenpolitik

9 Börzel: Informelle Politik in Europa, S. 28.

10 Christian H. C. A. Henning: Politiknetzwerke und politischer Einfluss in der EU-Agrarpolitik, in: Gehler/Kaiser/Leucht (Hg.): Netzwerke im europäischen Mehrebenensystem, S. 233–252.

11 Börzel: Informelle Politik in Europa, S. 30.

12 Ebd., S. 30–31.

13 Brief von Bundeskanzler a. D. Dr. Franz Vranitzky an den Verfasser, 19.3.2007.

über Vertraute, ehemalige Mitarbeiter und Freunde verfügt und diese zu seinem politischen Vorteil einsetzt.¹⁴ Auch dieses Verständnis erscheint in der deutschsprachigen politischen Kultur nicht unbedingt nur positiv. Soweit ließe sich noch viel zur kritischen Begriffsreflexion sagen. Faktum ist, daß Netzwerke in der Politik existieren und die Forschung sie nicht deshalb ignorieren kann, weil sie fragwürdig sein sollten.

In liberalen Demokratien erfolgt die politische Meinungsbildung und Entscheidungsfindung inner- und außerhalb der politischen Parteien, die ihre Kandidaten aufstellen und für regierungspolitische Funktionen nominieren und durchsetzen. Politische Parteien sind die Träger der Regierungspolitik und damit auch der Gestaltung der Außen- und Europapolitik sowie der internationalen Beziehungen. Längst ist die Frage von Personal und Personalpolitik der Parteien- und Verbändepolitik mit Blick auf die europäische Integration Gegenstand zeitgeschichtlicher Forschung geworden.¹⁵ Ausgehend von der Frage, wie ein Staat Mitglied in der Europäischen Union werden konnte und welche Rolle dabei Parteipolitik in transnationaler Netzwerkarbeit spielte, wird im Rahmen dieses Beitrags die Rolle österreichischer parteipolitischer Eliten im Rahmen internationaler Organisationen und transnationaler Netzwerkbildung in der Außenpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg bis zur Mitgliedschaft Österreichs in der EU analysiert. Ein Ausblick für die Zeit danach soll den Wandel verdeutlichen, dem auch die Netzwerkbildung unterliegt.

Über Jahrzehnte dominierte eine Struktur von zwei Großparteien das politische System Österreichs nach 1945.¹⁶ Vor diesem Hintergrund wird die Rolle von Vertretern der Sozialistischen (bis 1991) bzw. Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ) und der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) mit Blick auf ihre außenpolitische Netzwerkarbeit vergleichend gegenübergestellt und auf ihre Bedeutung hin befragt. Es handelt sich um den Versuch eines ersten Überblicks. Viel biographische und prosopographische Untersuchungsarbeit ist auf diesem Feld noch zu leisten.

Auf andere Parteien wird nicht eingegangen. Warum? Die KPÖ war zwar in dem ab 1947 gebildeten KOMINFORM-Büro vertreten, aber nach der Annahme der US-amerikanischen Marshall-Plan-Hilfe durch ÖVP und SPÖ aus der Koalitionsregierung ausgeschieden. Die KPÖ nahm ferner im Rahmen des Eurokommunismus der 1970er Jahre keinen prominenten Part ein. Die KPÖ hatte innenpolitisch auch keine langanhaltende und nachhaltige Bedeutung mehr, während die FPÖ über den gesamten Untersuchungszeitraum hin betrachtet – sieht man von der Regierungszeit von 1983 bis 1986 und 2000 bis 2005 ab – Oppositionspartei war, vor allem aber so gut wie keine außenpolitische Kompetenz entwickelte und in der Liberalen Internationale (LI) nur eine bescheidene Rolle spielte.

14 Reinhard Olt, Vielfach vernetzt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.4.2007.

15 Siehe als Beispiel einer parteienübergreifenden Studie: Bernd Bühlbäcker: Personal und Personalpolitik deutscher Parteien und Verbände in der Montanunion 1949–1958 (Veröffentlichungen des Instituts für soziale Bewegungen: Darstellungen, Bd. 38), Essen 2007.

16 Siehe Michael Gebler: Die Zweite Republik – zwischen Konsens und Konflikt. Historischer Überblick (1945–2005), in: Herbert Dachs/Peter Gerlich/Herbert Gottweis/Helmut Kramer/Volkmar Lauber/Wolfgang C. Müller/Emmerich Tálos (Hg.): Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien 2006, S. 35–51.

Die FPÖ entschloß sich hingegen unter Jörg Haider 1993 sogar zum „freiwilligen“ Austritt aus der LI, um einem aufgrund ihrer politischen Extrempositionen und Radikalisierung bevorstehenden Ausschluss zuvorzukommen. Mit konservativen und rechtspopulistischen Kreisen suchte Haider wiederholt Verbindungen aufzunehmen (z. B. Max Streibl von der bayerischen CSU, Gianfranco Fini von der Forza Italia, Umberto Bossi von der Lega Nord und Philip Dewinter vom Vlaamse Block/Belang). Diese hatten aber keinen nennenswerten politischen Effekt, eher schaden sie dem internationalen Image Österreichs.

Die Grünen haben erst im 21. Jahrhundert auf europäischer Ebene eine formelle transnationale Kooperationspolitik etabliert und entsprechende Netzwerkbildung realisiert. Sie scheiden für eine nähere Betrachtung für den angepeilten Untersuchungszeitraum 1945–1995/2005 ebenso aus.

Hauptaugenmerk wird SPÖ-Politikern im Committee of International Socialist Conferences (COMISCO) und in der Sozialistischen Internationale (SI)¹⁷ sowie ÖVP-Politikern¹⁸ in diversen übernationalen christdemokratischen Parteienbünden¹⁹ wie den Nouvelles Equipes Nationales (NEI), der European Union of Christian Democrats/Europäischen Union Christlicher Demokraten (EUCD), der European Democratic Union/Europäischen Demokratischen Union (EDU) und der Europäischen Volkspartei (EVP) geschenkt.

In der Zwischenkriegszeit haben internationale Parteienbeziehungen außerhalb der sozialistischen und kommunistischen Parteien kaum bestanden. Das Secrétariat International des Partis Démocratiques d'Inspiration Chrétienne (SIPDIC) (1925–1939) in Paris blieb relativ bescheiden. Im bürgerlichen Lager bzw. christdemokratischen Parteienspektrum war für eine schlagkräftige Internationale kaum Verständnis vorhanden. Der „Internationalismus“ von Sozialisten und Kommunisten wurde tendentiell als „unpatriotisch“ abgelehnt. Diese Haltung manifestierte sich in der Hilflosigkeit der bürgerlichen und nicht-sozialistischen Parteien gegenüber dem Nationalsozialismus, insbesondere in der Unfähigkeit, auf internationaler Basis zeitgerechte Koalitionen gegen die NS-Politik zu bilden. Österreichs Sozialisten profitierten in ihrer außenpolitischen Netzwerkarbeit in der Nachkriegszeit von ihren Aktivitäten und Kontakten im Exil während der Zeit der „Ständestaat“-Diktatur und des

17 Eberhard Knopp: Die Sozialistische Internationale. Herkunft, Aufbau und Ziele einer transnationalen Parteienorganisation, phil. Diss. Universität Heidelberg 1992, S. 169–170, 173–174, 218–220.

18 Im Überblick Andreas Khol: Die internationalen Parteienzusammenarbeit. Die Beziehungen der Österreichischen Volkspartei zu ihren Schwesterparteien und ihre Mitarbeit in den transnationalen Parteienzusammenschlüssen, in: Robert Kriechbaumer/Franz Schausberger (Hg.): Volkspartei – Anspruch und Realität. Zur Geschichte der ÖVP seit 1945, Wien – Köln – Weimar 1995, S. 359–369 und die exzellent vergleichende Studie von Steven van Hecke: „Christen-democraten en conservatieven in de Europese Volkspartij. Ideologische verschillen, nationale tegenstellingen en transnationale conflicten“. Proefschrift tot het verkrijgen van de graad van Doctor in de Social Wetenschappen, KU Leuven 2005, S. 145–154 und zuletzt Michael Gehler/Johannes Schönner: Transnationale christdemokratische Parteienkooperationen in Europa 1965–1989. Der Beitrag österreichischer Ideen und Initiativen, in: Helmut Wohnout (Hg.): Demokratie und Geschichte. Jahrbuch des Karl von Vogelsang-Instituts zur Erforschung der Geschichte der christlichen Demokratie in Österreich 11/12 (2007/2008), Wien/Köln/Weimar 2009, S. 271–318.

19 Siehe zum Konnex christdemokratischer Parteien und europäische Integration die umfassende Studie von Wolfram Kaiser: Christian Democracy and the origins of European Union, Cambridge 2007.

Nationalsozialismus. Dieser Vorsprung an organisierter Internationalität gegenüber dem bürgerlich-konservativen bzw. christlichsozialen Lager ist kaum abzustreiten.²⁰

Die sich nach 1945 transnational konstituierenden Parteienformationen²¹ bekamen seit den 1970er Jahren eigenständigen Akteurscharakter und wurden treibende Kräfte der europäischen Integrationspolitik. Das erhöhte auch die Motivation und Relevanz für österreichische Parteipolitiker in der transnationalen Netzwerkarbeit. Es geht dabei in diesem Beitrag um folgende Fragen: Welche Politiker welchen Ranges bemühten sich mit welchen Motivationen und Zielsetzungen um Engagement in internationalen Organisationen und transnationaler Netzwerkbildung (zwischen beiden Erscheinungsformen ist eine Trennung schwerlich möglich, sie spielen zusammen)? Welche Erfolge erzielten sie dabei und wie weit verfolgten sie ein gemeinsames Ziel? Wie wirkte sich der seit 1989 anvisierte Beitritt Österreichs zu den Europäischen Gemeinschaften auf die transnationale parteipolitische Netzwerkarbeit aus? Welche Wirkung entfaltete der 1995 erfolgte EU-Beitritt auf diese Tätigkeiten?

Versuchen wir zunächst den zeithistorischen Hintergrund aufzuhellen, denn SPÖ und ÖVP hatten unterschiedliche Traditionen und Präferenzen in der außenpolitischen Netzwerkbildung.

II. Erfolgreiche Europäisierung – begrenzte Globalisierung im Committee of International Socialist Conferences (COMISCO) und in der Sozialistischen Internationale (SI)

Nach dem Zweiten Weltkrieg konzentrierte sich die Gesamtheit der politischen Kräfte Österreichs auf die Lösung der dringlichsten inneren Probleme des Landes. Das wichtigste außenpolitische Ziel war die baldmögliche Befreiung von den Besatzungstruppen und die Erlangung der vollen Souveränität. 1945 war die SPÖ stark von dem gemäßigten Sozialdemokraten Karl Renner beeinflusst und nach innen gerichtet. 1946 fanden dann innerhalb der Sozialistischen Partei erste Diskussionen über ein aktives Engagement auf internationaler Ebene statt. Eine aktive Außenpolitik stellte für die führenden Sozialisten ein wichtiges Anliegen dar. Sie sollte „Mittel zur Gestaltung und Veränderung gesellschaftlicher Verhält-

20 Siehe hingegen Peter Van Kemseke: *Towards an Era of Development. The Globalization of Socialism and Christian Democracy 1945–1965* (KADOC Studies on Religion, Culture and Society 5), Leuven 2006, S. 26–27, der dieses „Klischee“ mit Blick auf die Thesen von Alwin Hanschmidt und Andreas Khol zu relativieren versucht, wonach christdemokratische Parteien in der Zwischenkriegszeit auf ihre ideologische Autonomie Wert gelegt und überparteiliche Instanzen abgelehnt hätten bzw. in patriotisch-nationalem und provinziellem Geist verharret wären.

21 Norbert Gresch: *Transnationale Parteienzusammenarbeit in der EG, Baden-Baden 1978*; Forest L. Grieses (Hg.): *Transnationalism in World Politics and Business*, New York u. a. 1979; Ernst Kuper: *Transnationale Parteienbünde zwischen Partei- und Weltpolitik, Frankfurt/Main u. a. 1995*; Jürgen Mittag (Hg.): *Politische Parteien und europäische Integration. Entwicklung und Perspektiven transnationaler Parteienkooperation in Europa* (Veröffentlichungen des Instituts für soziale Bewegungen, Darstellungen, Bd. 37), Essen 2006.

nisse“ sein. Gemeint waren weltgesellschaftliche Verhältnisse. Außenpolitik sollte eingesetzt werden, um das Zusammenleben der Völker „nach neuen Grundsätzen“ zu gestalten.²²

SPÖ-Vertreter spielten trotz alliierter Besetzung und begrenzten außenpolitischen Spielraums Österreichs schon in der unmittelbaren Nachkriegszeit eine aktive Rolle in der COMISCO (1947–1951), dem Vorläufer der SI. Belege sind profilierte Persönlichkeiten wie Julius Braunthal, gebürtiger Österreicher, englisch gewordener Staatsbürger und ehemaliger Mitarbeiter der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (SAI) von Friedrich Adler, Sohn des Begründers der österreichischen Sozialdemokratie Victor Adler.²³ Braunthal war zunächst Sekretär der COMISCO (1949–1951) und dann erster Sekretär der SI nach ihrer Wiederentstehung (1951–1956). Bruno Pittermann agierte als Präsident (1964–1976) und Hans Janitschek als Generalsekretär der SI (1969–1976). Österreichs Regierungschef Bruno Kreisky war Vizepräsident der SI (1969–1974). Für die SI-Aktivitäten der SPÖ sind von 1945 bis in die 1970er Jahre drei Phasen zu nennen: 1) die Zeit des Sekretariats von Braunthal, die von der Wiedergründung der SI und von der SPÖ geleisteten Mithilfe zur Formulierung der neuen Grundsätze gekennzeichnet war; 2) die Phase unter Pittermanns Präsidentschaft und 3) Janitschek als Generalsekretär bis circa 1972 mit zunehmendem Einfluss der SPÖ.

Phase 1: „Europa“ und Entkolonialisierung in den 1940er und 1950er Jahren

Noch während des Krieges arbeitete Braunthal in London gemeinsam mit der Labour Party an der Wiederbegründung der SI.²⁴ Gleich nach Kriegsende setzte er sich für eine Wiederaufnahme seiner Partei ein. 1946 konnte auf der Konferenz von Clacton die Einbeziehung der SPÖ bewirkt werden. Während Außendienst-Beamte aus bürgerlich-konservativen und ehemals christlichsozialen Kreisen dominierten, konnten Sozialisten die COMISCO bzw. die Internationale als Vehikel nutzen, um ihre außenpolitischen Vorstellungen zu transportieren. Karl Czernetz, Julius Deutsch, Oscar Pollak, Adolf Schärf, Karl Seitz und Bruno Pittermann waren hierbei engagiert. Während die SPD erst 1951 Aufnahme fand – die Österreicher sprachen sich für ihre Einbeziehung aus, ihre Nichtbeteiligung bezeichnete Seitz als

22 Peter Jankowitsch: Der Wandel der außenpolitischen Konzeptionen der SPÖ, in: Erich Fröschl/Maria Mesner/Helge Zoitl (Hg.): Die Bewegung – Hundert Jahre Sozialdemokratie in Österreich, Wien 1990, S. 517; Oliver Rathkolb: Anmerkungen zur Europapolitik der SPÖ 1945–1972, in: Hannes Androsch/Anton Pelinka/Manfred Zollinger (Hg.): Karl Waldbrunner. Pragmatischer Visionär für das neue Österreich, Wien 2006, S. 309–323, hier S. 310.

23 Julius Braunthal, Viktor [sic!] und Friedrich Adler: Zwei Generationen Arbeiterbewegung, Wien 1965.

24 Siehe für die erste Nachkriegsphase die grundlegenden Arbeiten von Rolf Steininger: Deutschland und die Sozialistische Internationale nach dem Zweiten Weltkrieg. Die deutsche Frage, die Internationale und das Problem der Wiederaufnahme der SPD auf den internationalen sozialistischen Konferenzen bis 1951 – unter besonderer Berücksichtigung der Labour Party. Darstellung und Dokumentation (Archiv für Sozialgeschichte, Beiheft 7), Bonn 1979; Patrick von zur Mühlen (Hg.): Sozialdemokratie in Europa, München 1980; mit vielen Informationen zu den SPÖ-Politiker-Stellungnahmen: Klaus Missgeld: Sozialdemokratie und Außenpolitik in Schweden. Sozialistische Internationale, Europapolitik und die Deutschlandfrage 1945–1955 (Campus Forschung 392), Frankfurt/Main/New York 1984.

„Unglück“²⁵ – wurde die SPÖ bald nach Rekonstituierung der SI Mitglied. Enge Beziehungen bestanden aus der Exilzeit zu schwedischen und deutschen Sozialdemokraten. Die Beziehungen zwischen SPÖ und der Sveriges socialdemokratiska arbetareparti (SAP) waren aber herzlicher als die zwischen SAP und der SPD.²⁶ Die skandinavische Erfahrung mit Blick auf Neutralität und das schwedische Modell des Wohlfahrtsstaates hatten große Bedeutung.²⁷ Gute Beziehungen der SPÖ entwickelten sich zu Parteien neutraler Länder wie der Schweiz und Finnlands, u. a. um Profil gegenüber „NATO-Parteien“ zu bilden,²⁸ aber auch zur Labour Party. Dies geschah vor dem Hintergrund, dass SPD und SFIO-Repräsentanten dazu tendierten, Gespräche ohne Vertreter kleinerer Parteien zu führen.²⁹

Die SPÖ war argumentativ vielfach in der politischen Defensive. Das Thema „Demokratie und Sozialismus“ spielte aufgrund des Besatzungsstatus des Landes und der Frontstellung gegen die KPÖ³⁰ eine große Rolle. Die Aktivitäten standen nach Annahme des Marshall-Plans 1947/48 im Zeichen des Antikommunismus, des Kalten Kriegs und der Bewahrung der österreichischen Bündnisfreiheit.³¹

Oliver Rathkolb hat mit Blick auf die SPÖ darauf hingewiesen, dass bis zum Staatsvertrag „die internationalistischen Aktivitäten auf die Wiedererrichtung der Internationale und eine immer engagierter werdende Europapolitik beschränkt blieben“. Für viele Sozialisten ging es in Europa um den Aufbau einer „dritten Kraft“ zwischen Kapitalismus und Kommunismus, die der Chefredakteur der *Arbeiter-Zeitung* Oscar Pollak für das wichtigste Ziel sozialistischer Außenpolitik hielt.³² Solche Ideen wurden zunächst vor allem von Karl Czernetz verfochten,³³ um dann verworfen zu werden, was Ergebnis einer pro-amerikanischen Haltung war. 1953 kanzelte Czernetz „dritte Wege“ und europäischen „Neutralismus“ ab. Die militärische Sicherheit Europas könne nur durch NATO und europäische Zusammenarbeit gewährleistet werden. Österreich war an keinem militärischen Vakuum in der Mitte des Kontinents interessiert und unterstützte daher die SPD in ihrem Kampf gegen die deutsche Wiederbewaffnung nicht. Die SPÖ lehnte die Opposition der SPD gegen die Westintegrationspolitik Adenauers ab. Gleichzeitig betonte Vizekanzler Adolf Schärf, dass „Österreich durch eine militärische Allianzfreiheit keinesfalls auf die Errichtung einer eigenen Armee verzichte“.³⁴ Die an Zusammenarbeit und Stärke des Westens interessierten Schärf und Pollak standen im

25 Ders.: Sozialdemokratie und Außenpolitik, S. 63.

26 Ebd., S. 193 (Fn 62).

27 Ebd., S. 27–28, S. 501–502.

28 Ebd., S. 206–207.

29 Ebd., S. 377.

30 Ebd., S. 148.

31 Ebd., S. 23.

32 Oliver Rathkolb: Sozialistische Außenpolitik(er) in Österreich 1945 bis 1959, in: Erich Fröschl/Maria Mesner/Helge Zoidl (Hg.): Die Bewegung – Hundert Jahre Sozialdemokratie in Österreich, Wien 1990, S. 499–514, hier S. 504; Julius Braunthal: Geschichte der Internationale, Bd. 3, Berlin/Bonn 1978, S. 500 (Zitat), S. 502.

33 Misgeld: Sozialdemokratie und Außenpolitik, S. 120 (Fn 76); siehe auch Karl Czernetz: Europäer und Sozialist. Reden und Aufsätze, Wien 1980.

34 Ebd., S. 223–225 und S. 233–235.

Gegensatz zu Erich Ollenhauer (SPD), dem ein bündnisfreies, durch einen Vier-Mächte-Pakt und eine internationale Garantie gesichertes Deutschland vorschwebte.³⁵

Heinz Hürten hat den Beitrag christlicher Demokraten zum „geistigen und politischen Wiederaufbau und zur europäischen Integration nach 1945“ betont.³⁶ Voraussetzungen hierfür wären aber Verständigung, Vermittlung und Versöhnung zwischen West und Ost gewesen, was der deutsche Bundeskanzler Adenauer (CDU) allerdings auch um den Preis der Teilung Deutschlands (und Europas) ablehnte. Nicht durch Überwindung, sondern durch Perpetuierung und Kultivierung des deutschland- und europapolitischen Status quo zeichnete sich dessen christdemokratische Politik in Westeuropa nach 1945 aus. Unangefochtenes Ziel war die Souveränität der Bundesrepublik und deren Integration in den (atlantischen) Westen. So bekannte Adenauer am 10. März 1956 vor dem CDU-Bundesparteivorstand unumwunden:

„Ich muss Ihnen sagen – ich darf es sonst nicht so krass sagen, hier darf ich es tun –, was mir in erster Linie vor Augen schwebt. Mir schwebt in erster Linie vor Augen, dass nicht die Bundesrepublik auf den Altar der Versöhnung zwischen West und Ost geworfen wird. Dies ist die große Gefahr, die mir vor Augen schwebt.“³⁷

Andere Prioritäten setzten Österreichs Christdemokraten – für sie galten Erhalt der staatlichen Einheit und Abbau der Konfrontationspotentiale zwischen Ost und West als Grundvoraussetzungen ihres politischen und transnationalen Agierens. Beides war kein Widerspruch zu europapolitischem Engagement, ja durchaus damit vereinbar. Beispiele bieten Eduard Ludwig (ÖVP) oder Bruno Pittermann (SPÖ), die im Europarat als Beobachter tätig waren. Pittermann wurde 1957 Vizepräsident der Beratenden Versammlung der Straßburger Organisation.³⁸ Bei der Hohen Behörde der Montanunion waren ab 1953 zwei österreichische Diplomaten als Beobachter akkreditiert, Carl Bobleter (ÖVP) und Fritz Kolb (SPÖ), die losgelöst voneinander agierten und mit ihren jeweiligen Parteivorsitzenden korrespondierten.

35 Ebd., S. 441 und Fn 70, S. 458–459, S. 496 (Fn 34).

36 Heinz Hürten: Der Beitrag Christlicher Demokraten zum geistigen und politischen Wiederaufbau und zur europäischen Integration nach 1945. Bundesrepublik Deutschland, in: Winfried Becker/Rudolf Morsey (Hg.): *Christliche Demokratie in Europa. Grundlagen und Entwicklungen seit dem 19. Jahrhundert*, Köln/Wien 1988, S. 214–223. Siehe dagegen Franz Horner: Parteienkooperation der europäischen Christdemokraten. Möglichkeiten und Grenzen. Ein Kommentar, in: Gehler/Kaiser/Wohnout (Hg.): *Christdemokratie in Europa im 20. Jahrhundert*, S. 737–749, hier S. 739, der in diesem Zusammenhang nicht zu Unrecht „das eindimensionale Denken westdeutscher Wissenschaftler“ beklagte „die Politik Adenauers als die einzig richtige und vor allem genuin christdemokratische Lösung hinzustellen.“

37 Dok. 13 Protokoll vom 10.3.1956, in: Günter Buchstab (Bearb.): *Adenauer: „Wir haben wirklich etwas geschaffen.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1953–1957 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte. Im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung, hg. v. Günter Buchstab/Klaus Gotto/Hans Günter Hockerts/Rudolf Morsey/Hans-Peter Schwarz, Bd. 16)*, Düsseldorf 1990, S. 835–895, hier S. 858.

38 Michael Gehler: Pittermann, Bruno, in: *Neue Deutsche Biographie*, hg. v. d. Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Berlin 2001, S. 489–490.

Die SI befasste sich zunächst mit dem „Ost-West-Konflikt“, der Frage der „Entkolonialisierung“ sowie mit der Herstellung von Verbindung zu sozialistischen Parteien anderer Kontinente. Die „Entkolonialisierungspolitik“ und die Unterstützung unterwickelter Länder stellten für SPÖ-Vertreter ein wichtiges Anliegen dar, vor allem in Bezug „auf den hohen Stellenwert des Internationalismus und der internationalen Solidarität“ in der Ideologie der österreichischen Sozialdemokratie. Die Frankfurter Deklaration von 1951 führte aber zunächst zur Vertagung des Themas. Rathkolb hält fest, dass ein stärkeres Engagement in der Dritte-Welt-Politik von Seiten der Intellektuellen innerhalb der Partei als gefährliches Zeichen der Unterstützung des „Sowjetimperialismus“ abgelehnt wurde. Anfang der 1950er Jahre drängte Braunthal auf Unterstützung der asiatischen sozialistischen Parteien und setzte sich für die Gründung der „Asian Socialist Conference“ ein. Sie traf am 6. Januar 1953 in Rangoon zum ersten Mal zusammen. Beim dritten Kongress der SI in Stockholm (15.–18. Juli 1953) bezeichnete er ihre Gründung „als das bedeutsamste Ereignis in der zeitgenössischen Geschichte des internationalen Sozialismus“.³⁹

Phase 2: Entspannungspolitik sowie Kampf gegen autoritäre Regime und Diktaturen in den 1960er und frühen 1970er Jahren

Wesentliche Impulse für die Reorganisation des internationalen Sozialismus gingen von der österreichischen Sozialdemokratie aus. Anfang der 1960er Jahre beklagten sich Bruno Pittermann und Otto Probst über die mangelhafte Koordination unter den Sozialisten im Europarat. Sie luden im Januar 1961 in Salzburg zu einer ersten sozialistischen „Conference of Party Leaders“. Die Parteiführerkonferenz sollte eine bessere Abstimmung bei Wahlen z. B. des Vorsitzenden der Beratenden Versammlung des Europarats möglich machen. In weiterer Folge vertrat Czernetz die Auffassung der Dezentralisierung – d. h. einer inneren Regionalisierung der SI – für die Lösung spezifischer Probleme der Welt.⁴⁰ Die SI verfolgte durch aktive Mitwirkung österreichischer Sozialisten eine Entspannungspolitik zwischen den Blöcken, die Unterstützung des Befreiungskampfes gegen autoritäre Regierungen und Diktaturen sowie Initiativen zur Entwicklung der „Dritten Welt“. Auf Vorschlag der SPÖ wurden Gespräche für eine neue Grundsatzklärung während des VII. Kongresses der SI in Rom (1961) eröffnet. Sie endeten 1962 mit der Generalratstagung in Oslo, als die Erklärung „Die Welt von heute – sozialistisch gesehen“ verabschiedet wurde.⁴¹

Mit Ernennung Janitscheks zum Generalsekretär und der Wiederwahl (1969) Pittermanns zum Präsidenten der SI wurde der „Ausbruch aus dem Ghetto Europa“ unternommen. Zahlreiche Reisen führten Pittermann nicht nur in europäische Länder, sondern auch nach Asien (China, Singapur) und Südamerika. In den folgenden Jahren setzte sich die SPÖ für die Ablösung der südeuropäischen Diktaturen ein. Im Auftrag Pittermanns wurde

39 Thomas Meyer/Karl-Heinz Klär/Susanne Miller/Klaus Novy/Heinz Timmermann (Hg.): *Lexikon des Sozialismus*, Köln 1986, S. 427.

40 Van Kemsseke: *Towards an Era of Development*, S. 167–168.

41 Meyer/Klar/Miller/Novy/Timmermann: *Lexikon*, S. 574.

das Portugal- (1971), Spanien- und Griechenland-Komitee (1972) und 1975 das „Portugal-Solidaritäts-Komitee“ gegründet. Dabei ging es um den Kampf gegen den „Faschismus“ in Griechenland und gleichzeitige Unterstützung der von Salvador Allende in Chile geführten Regierung.⁴²

Phase 3: Die Wende zur Globalisierung in den 1970er Jahren

Die Wiener Konferenz der Sozialistischen Internationale vom 26. bis 29. Juni 1972 leitete die Wende zu einer „aktiveren, globalen Politik“ ein, die in doppelter Weise vollzogen wurde, von Janitschek mit den „wohl wichtigsten und ereignisreichsten Jahren der Internationalen seit Kriegsende“ charakterisiert.⁴³ Die Aktivitäten führten zur der schon seit langem angestrebten Orientierung in Richtung „Dritte Welt“.⁴⁴ Dieser Wechsel, der zu Lasten von Verbindungen zu den mittel- und osteuropäischen Ländern ging, sollte im globalen Kontext den Nord-Süd-Beziehungen den Vorzug geben. Wieder spielten traditionelle Kontakte eine Rolle. Das Thema „Dritte Welt“ fand unter den „bündnisfreien“ Sozialdemokraten Schwedens und Österreichs stärkere Beachtung und Wertschätzung als bei den sozialistischen NATO-Länder-Parteien. In den 1950er Jahren noch weit davon entfernt, eine Neuorientierung der SI einzuleiten, sollte dies in den 1970er Jahren gelingen.⁴⁵

Die Suche der SI nach einer neuen, aktiveren und globalen Politik⁴⁶ fand ihre Bestätigung 1976 in der Genfer Konferenz, bei der Probleme der Nahostpolitik behandelt wurden, die mit Anstrengungen zur Vergrößerung der Organisation durch Aufnahme gleichgesinnter politischer Gruppierungen in Afrika, Lateinamerika und Asien parallel liefen. Der Appell um Aufnahme an sozialistische und sozialdemokratische Parteien in diesen Ländern hatte bis dato nur geringes Echo gefunden. Der neue Kurs der SI-Politik konnte eingeschlagen werden aufgrund des „Dreigestirns“ Bruno Kreisky, Willy Brandt und Olof Palme.⁴⁷

Ein Schritt in Richtung Verbreiterung der SI war die Bildung der vom SPÖ-Diplomaten Peter Jankowitsch geleiteten „Dritte-Welt-Kommission“, die 1972 nicht nur zur Aufnahme der Lebanese Progressive Socialist Party des Walid Jumblatt und der ersten afrikanischen Mitgliedspartei, der Sozialistischen Partei Senegals unter Leopold Senghor, führte, sondern

42 Ebd.

43 Hans Janitschek: Bruno Pittermann – Präsident der Sozialistischen Internationale, in: Heinz Fischer/Leopold Gratz (Hg.): Bruno Pittermann. Ein Leben für die Sozialdemokratie, Wien/München/Zürich, 1985, S. 107.

44 Ebd.

45 Misgeld: Sozialdemokratie und Außenpolitik, S. 412.

46 Eusebio Mujal-Leon/Ann-Sofie Nilsson: Die Sozialistische Internationale in den 80er Jahren. Dritte-Welt-Politik zwischen den Blöcken, München/Wien/Zürich 1995, S. 44.

47 Siehe den Beitrag von Oliver Rathkolb: Sozialdemokratische Netzwerke in der europäischen Nahostpolitik. Brandt, Kreisky und Palme als politische Unternehmer, in: Gehler/Kaiser/Leucht (Hg.): Netzwerke im europäischen Mehrebenensystem, S. 121–137; Elisabeth Röhrlich: Kreiskys Außenpolitik. Zwischen Österreichischer Identität und internationalem Programm (Zeitgeschichte im Kontext?), Göttingen 2009, S. 286–301.

auch eine Rolle im Kampf gegen die Militärdiktaturen Südamerikas spielte. Daneben erfolgte auch die Aufnahme der revolutionären Partei der Dominikanischen Republik.⁴⁸

Jankowitsch war nicht nur parteipolitisch der SPÖ zuzuordnen, sondern gleichzeitig auch einer der profiliertesten Diplomaten Österreichs. Früh engagierte er sich für den Europagedanken im Rahmen der jungen Sozialisten. Er zählte zu den Mitbegründern der Europäischen Kampagne der Politischen Jugend 1953, fungierte als Funktionär und Vorsitzender des Verbandes Sozialistischer Studenten Österreichs (VSSStÖ) in den Jahren 1951–1957 und gleichzeitig als Studentensekretär der Sozialistischen Jugend-Internationale (IUSY) 1956–1957. 1958 nahm er als österreichisches Mitglied an der ersten Seerechtskonferenz der UNO in Genf teil und wurde 1959 in das Kabinett von Außenminister Kreisky berufen. Im Jahre 1962 erfolgte die Zuteilung an die Österreichische Botschaft in London unter Johannes von Schwarzenberg und 1964 die Errichtung der ersten österreichischen Botschaft in Dakar (Senegal), um diplomatische Beziehungen zu den Staaten des französischsprachigen Afrikas aufzunehmen. Er wirkte dort ab 1966 als Ständiger Geschäftsträger. Nach diesen diplomatischen Zwischenspielen wuchs Jankowitsch vor allem zu einem der engsten Mitarbeiter und Vertrauten Bruno Kreiskys heran. Ab 1970 holte er ihn wieder in sein Büro und Jankowitsch wurde im Range eines außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers Chef des Kabinetts des Bundeskanzlers. Jankowitsch nahm an der Konferenz der blockfreien Staaten in Lusaka teil. In dieser Zeit wirkte er auch als Vorsitzender der Arbeitsgruppe für Beziehungen mit politischen Bewegungen der Dritten Welt in der SI. Einen Namen machte sich Jankowitsch auch als Internationaler Sekretär der SPÖ, wobei er als Spezialist für Entwicklungshilfe besonders die Anliegen der ehemaligen Kolonialvölker vertrat. Er wurde zum Vertreter Österreichs bei den Vereinten Nationen in New York 1972 ernannt und zum Vorsitzenden der Weltraumkommission der Vereinten Nationen gewählt. Jankowitsch fungierte in dieser Zeit auch als Vertreter Österreichs im Sicherheitsrat 1973–1974 sowie als Präsident des Sicherheitsrates und Vizepräsident der UNO-Generalversammlung 1973. Er war auch Mitglied des Kuratoriums des Wiener Instituts für Entwicklungsfragen, Vizepräsident der Österreichisch-Afrikanischen Gesellschaft sowie Vorstandsmitglied der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und der Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen.⁴⁹ Als ständiger Vertreter Österreichs bei der OECD in Paris wirkte er von 1978 bis 1982. Im gleichen Jahre erfolgte die Ernennung zum außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter. Jankowitsch erinnert sich:

„Meine persönlichen Kontakte kamen natürlich aus dem IUSY- oder IUSY-nahen Bereich, bzw. später auch aus der SI. So war ich etwa nach meiner Rückkehr aus Dakar, wo ich die erste österreichische Vertretung im frankophonen Afrika aufgebaut hatte, in der SI bei der Herstellung von Kontakten zur Dritten Welt und ihren Parteien aktiv. Einer meiner wichtigsten Kontakte damals war z. B. der spätere schwedische UN-Botschafter Jean-Pierre Olov Schori, in der SI Hans Janitschek, der dort später Generalsekre-

48 Janitschek: Pittermann, S. 108.

49 Siehe das Lexikon: Persönlichkeiten Europas. Österreich, Stansstad/Luzern 1975.

tär werden sollte etc. In Frankreich war einer meiner wichtigsten Kontakte auch bis in spätere Jahre Michel Rocard, in Grossbritannien der spätere Labour Abg. und Minister Roy Hattersly, Shirley Williams u. a. Ein eigenes Netzwerk hatte ich auch als internationaler Sekretär der SPÖ mit Kollegen aus grösseren, einflussreichen Mitgliedsparteien wie der SPD (Hans Eberhard Dingels), der PSOE [Partido Socialista Obrero Español] (Elena Flores), der damals noch existierenden PSI (Margherita Bonniver) oder den schwedischen und finnischen Sozialdemokraten (Gunnar Stenarv und Pentti Vaenaenen).⁵⁰

In der ausklingenden Präsidentschaft Pittermanns setzte die SI ihre Kampagne gegen die südeuropäischen Diktaturen fort und unterstützte Initiativen zur Stärkung demokratischer Regierungen in Südamerika. Eine besondere Bedeutung erlangte der Kampf gegen die diktatorische Regierung in Griechenland. Pittermann organisierte in Santiago de Chile (1973) den ersten SI-Kongress außerhalb Europas, was Solidarität und Unterstützung für Allende signalisierte. Anlässlich eines Gesprächs mit dem chilenischen Regierungschef rief Pittermann die europäischen Regierungen zur Gewährung eines Wirtschaftskredits in der Höhe von 240 Millionen Dollar auf – allerdings erfolglos.⁵¹ Das globale Netzwerk war sichtlich zu schwach und kannte seine Grenzen.

Der Weltpolitik der SI war abgesehen von der engeren Organisationsarbeit der Internationale kein durchschlagender Erfolg beschieden. Vielfach blieb es bei Deklarationen. Die Appelle signalisierten jedoch ein neues Bewusstsein sozialistischer und sozialdemokratischer Politiker Europas für eine Welt im Wandel und die Bereitschaft, mit einer neuen Politik darauf zu reagieren. Eine weiterführende Analyse müsste die Schwierigkeiten des Kampfes gegen die Diktaturen mit den der SI zur Verfügung stehenden Mitteln abwägend herausarbeiten, die aufgrund der abrupten Formen annehmenden Entkolonialisierung der 1950er und 1960er Jahre in Afrika und Asien entstanden. Auf Konferenz- und Organisationsebene der Internationale alleine waren die Bemühungen nur wenig aussichtsreich. Nachdem die Regierungspartei Israels von Golda Meir selbst Mitglied der SI war und die Annexions- und Siedlungspolitik fortsetzte, drohte ein Riss innerhalb der SI.

Was die SPÖ und ihren Einsatz für eine schrittweise Annäherung an die Politik der europäischen Integration anlangt, ist auf ihre Rolle im „Bund der Sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaften“ zu verweisen. Diese Parteienorganisation löste 1974 die schon bestehende lose Kooperation eines Liaison-Comitee ab, gab sich 1982 ein festes Statut und öffnete sich auch für Parteien aus EFTA-Ländern als Beobachter. Die SPÖ genoss Konsultativstatus und wirkte anfänglich zusammen mit den sozialdemokratischen Parteien aus Norwegen und Schweden. Dieser Bund war getrennt von der sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments organisiert. Die Mitwirkungen an ihren Veranstaltungen bot laut Jankowitsch „eine gute Gelegenheit, österreichische Anliegen in Richtung auf die EG zu vertreten“, zumal zahlreiche Führungspersonlichkeiten der damaligen EG im Bund Funktionen ausübten wie z. B. der niederländische Ministerpräsident Joop den Uyl, der spätere

50 Email-Information von Minister a. D. Dr. Peter Jankowitsch für den Verfasser, 25.6.2007.

51 Janitschek: Pittermann, S. 108.

EG-Kommissar Manuel Marin oder der spätere französische Ministerpräsident Lionel Jospin. Über den Bund und seine jährlich abgehaltenen „Party Leader Conferences“ konnten Kontakte zu sozialistischen Mitgliedern der EG-Kommission „besonders auch zu deren damaligem Präsidenten Jacques Delors geknüpft werden, der mir persönlich übrigens schon aus seiner Zeit als erster Finanzminister François Mitterrands von OECD-Tagungen her bekannt war“, wie Jankowitsch anmerkt.⁵²

III. Auswege aus außenpolitischer Isolation und integrationspolitischer Enthaltbarkeit?

Christdemokratisch-konservative Parteienkooperation in den NEI, der EUCD und EDU

Für Österreichs Christdemokraten waren internationale Organisationen und transnationale Netzwerkbildung nach 1945 essentiell. Die ÖVP-Generalsekretäre Felix Hurdes (1945–1951) und Alfred Maleta (1951–1960) waren Vizepräsidenten der NEI (Hurdess⁵³ 1948–1950, Maleta 1955–1960). In den NEI übernahmen österreichische Vertreter regelmäßig die Rolle des Vizepräsidenten, später in der EUCD Alfons Gorbach, Hermann Withalm, Herbert Kohlmaier, Sixtus Lanner und Ludwig Steiner.⁵⁴ Alois Mock war von 1979 bis 1998 Präsident bzw. Obmann der EDU und von 1983 bis 1987 auch Präsident der International Democrat Union (IDU).⁵⁵ Das internationale und transnationale Engagement der ÖVP-Politiker war mit Blick auf Europa außergewöhnlich ambitioniert und kann bis in die 1980er Jahre in drei Phasen eingeteilt werden.

52 Auskunft Minister a. D. Dr. Peter Jankowitsch für den Verfasser, 21.12.2007.

53 Kaiser: *Christian Democracy*, S. 120, 193, 196, 202, 204.

54 Christian Mertens: *Der Beitrag österreichischer Christdemokraten zur Integration Europas*, Projektstudie der Politischen Akademie der ÖVP, Wien 1989 (unveröffentlichtes Manuskript), S. 22; sodann veröffentlicht unter Christian Mertens: *Österreichische Christdemokraten im Dienste Europas* (Schriftenreihe des ÖVP-Parlamentsklubs 10), Wien 1997; Khol: *Die internationalen Parteienzusammenarbeit*, S. 373–374; Michael Gehler/Wolfram Kaiser (Hg.): *Transnationale Parteienkooperation der europäischen Christdemokraten. Dokumente 1945–1965/Coopération transnationale des partis démocrates-chrétiens en Europe: Documents 1945–1965 (Transnational Party Cooperation of European Christian Democrats: Documents 1945–1965)*, München 2004; im Überblick: Saskia Matl: *Europäische Christdemokraten auf dem Weg zur transnationalen Zusammenarbeit? Von den Nouvelles Equipes Internationales zur Europäischen Volkspartei*, in: Mittag (Hg.): *Politische Parteien und europäische Integration*, S. 289–312.

55 Andreas Khol/Lars Tobisson/Alexis Wintoniak: *Twenty Years European Democrat Union 1978–1998*, Wien [1999], S. 116–121.

Phase 1: Transnationale Kooperation als Kompensationsmittel für internationale Nachrangigkeit und integrationspolitisches Ausgeschlossensein: Die NEI 1947–1965

Bei der Entstehung der ersten zwischenparteilichen christdemokratischen Kooperationsform, den NEI⁵⁶ und der damit verbundenen Herstellung transnationaler Kontakte (vornehmlich nach Frankreich zum MRP und in die Schweiz zur KVP) spielten ÖVP-Politiker der ersten Stunde eine wichtige Rolle.⁵⁷ In den NEI wie auch bei ihrer Nachfolgeorganisation übernahmen regelmäßig österreichische Vertreter die Rolle des Vizepräsidenten. Die Sorge um das „abendländisch-christliche Kulturerbe“ angesichts der „Gefahr des Bolschewismus“, aktives Handeln im Sinne eines „christlichen Solidarismus“ sowie die anfängliche Suche nach einem „dritten Weg“ zwischen „kapitalistischem Individualismus“ und „marxistischem Kollektivismus“ waren zunächst die treibenden Motive, aber auch die Wettbewerbsfähigkeit mit den Sozialisten auf der europäischen Ebene. Felix Hurdes, Eduard Heinel, Lois Weinberger, Franz Grubhofer und Alfred Maleta engagierten sich hierfür im Rahmen der NEI,⁵⁸ die sich 1947 aus nationalen Equipen konstituierten. Früh sprachen sich auch hier österreichische Vertreter für die Einbeziehung deutscher Christdemokraten aus,⁵⁹ eine Parallele zu den Sozialisten, was im Unterschied zur SPD bei der COMISCO (1951) bei den NEI im Jahre 1948 früher gelang.

Mit den NEI war die ÖVP in einem Boot mit den die Westintegration Europas forciierenden westeuropäischen Parteien. Christdemokratische Parteien- und Regierungsvertreter nutzten dieses Forum zur Verständigung und Kooperation, wobei die informellen Geheimtreffen im „Genfer Kreis“ unter Leitung eines Vertrauensmanns von Georges Bidault, Victor Koutzine, und Beteiligung von ÖVP-Politikern gerade vor Konstituierung des Europarates 1949 einen höheren Stellenwert hatten als die NEI. Austausch und Absprachen im „Cercle Koutzine“ verstärkten den Antikommunismus und die Westorientierung der ÖVP-Politiker.⁶⁰ Von Anfang an entwickelten sich engere Beziehungen zwischen MRP-, ÖVP-, CDU-

56 Jürgen Hollstein: Zur Geschichte christlich-demokratischer Zusammenarbeit in Europa. Die „Nouvelles Equipes Internationales“ (NEI), in: *Libertas* 3/4 (1989), S. 82–117, hier S. 82 f.

57 Kaiser: *Christian Democracy*, S. 165.

58 Michael Gehler: „Politisch unabhängig“, aber „ideologisch eindeutig europäisch“. Die ÖVP, die *Nouvelles Equipes Internationales* (NEI) und die Anfänge der europäischen Integration, in: Michael Gehler/Rolf Steininger (Hg.): *Österreich und die europäische Integration 1945–1993. Aspekte einer wechselvollen Entwicklung* (Arbeitskreis Europäische Integration, Institut für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck, *Historische Forschungen, Veröffentlichungen* 1), Wien/Köln/Weimar 1993, S. 293–328; Van Kemseke: *Towards an Era of Development*, S. 47.

59 Gehler: „Politisch unabhängig“, S. 293–328, hier S. 293.

60 Michael Gehler: *Begegnungsort des Kalten Krieges. Der „Genfer Kreis“ und die geheimen Absprachen westeuropäischer Christdemokraten 1947–1955*, in: Michael Gehler/Wolfram Kaiser/Helmut Wohnout (Hg.): *Christdemokratie in Europa im 20. Jahrhundert/Christian Democracy in 20th Century Europe/La Démocratie Chrétienne en Europe au XXe siècle* (Arbeitskreis Europäische Integration, *Historische Forschungen, Veröffentlichungen* 4), Wien/Köln/Weimar 2001, S. 642–694; ders.: *Der „Genfer Kreis“: Christdemokratische Parteienkooperation und Vertrauensbildung im Zeichen der deutsch-französischen Annäherung 1947–1955*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 7 (2001), S. 599–625.

und DC-Politikern. Besonders zu den Deutschen bestanden allein schon aus Gründen der gemeinsamen Sprache enge persönliche Bindungen. Die Lösung in der Südtirolfrage fand dagegen im NEI-Rahmen keine Förderung. Alfred Maleta berichtete „über jahrelange Bemühungen, die Südtiroler Volkspartei (SVP) wenigstens als Mitglied zur NEI zuzulassen, die am italienischen Widerstand scheiterten“. Österreich sei in diesem Gremium „praktisch von niemandem unterstützt worden“. Besonders die CDU habe „hier in der Praxis immer die Italiener unterstützt“. ⁶¹

Die Unterzeichnung des Staatsvertrags (15. Mai 1955) und die damit verbundene Regelung der deutschen Vermögenswerte in Österreich und die sich abzeichnende volle Souveränität – Adenauer verfolgte, freundlich formuliert, „das österreichische Neutralitätsbemühen anfänglich mit scheelen Augen“ – führten zu Irritationen und Verstimmungen zwischen Bonn und Wien. Über Verbindungen des NEI-Netzwerks begab sich ÖVP-Generalsekretär Maleta in geheimer Mission über die Schweiz nach Bonn, um dort mit Spitzen der CDU aus Kabinett und Bundestag, ⁶² u. a. mit dem ihm von den NEI bekannten Staatssekretär Otto Lenz (CDU) zusammenzukommen, vertrauensbildende Maßnahmen zu setzen und Klärungen herbeizuführen.

So sehr ÖVP und CDU ideologisch übereinstimmten, in den außenpolitischen Präferenzen ergaben sich signifikante Differenzen: Österreich musste seinen eigenen Weg gehen, um außenpolitischen Erfolg zu haben. Bundeskanzler Julius Raab (ÖVP) sprach beim IX. NEI-Kongress in Salzburg 1955 die entspannungspolitische und beispielgebende Bedeutung der Österreichlösung an:

„Ich gehe nicht fehl in der Annahme, dass die Einigung über Österreich die folgende Genfer Konferenz ermöglichte und in der weiteren Fortsetzung auch die Stimmung bei der Atomkonferenz entscheidend beeinflusste. Wir hoffen, dass sich diese günstige Auswirkung auch auf die kommende Außenministerkonferenz erstrecken wird, die von wesentlicher Bedeutung für einen weiteren Abbau des Misstrauens sein könnte. (...) Wir betreiben nicht Politik um der Politik willen, sondern wir trachten, durch unsere Lebensführung den anderen ein Beispiel zu geben, und wir können mit Genugtuung feststellen, dass sich immer weitere Kreise diesem Beispiel anschließen.“ ⁶³

Mitwirkung am europäischen Integrationsprozess war damit nicht ausgeschlossen. Bei seinem Vortrag „Österreichs Mitarbeit in Europa“ bei der Wiener Europatagung 1958 erklärte Außenminister Leopold Figl (ÖVP) auch, dass Österreich „in die europäische Gemeinschaft

61 Protokoll. Außenpolitischer Ausschuss [der ÖVP], 7. Sitzung, 8.2.1961, 7. Archiv des Julius Raab Gedenkvereins (AJRGV), Schachtel „Beiakten 1960“.

62 Alfred Maleta: Entscheidung für Morgen. Christliche Demokratie im Herzen Europas, Wien/München/Zürich 1968, S. 160–161, Zitat S. 160.

63 Stenographisches Protokoll, IX. Kongress der NEI in Salzburg, 16./17.9.1955, S. 3. KADOC, KU Leuven, Archiv Papier A. E. de Schryver, 7.2.4.9.

nicht als Bittsteller, sondern als gleichberechtigter Partner“ komme. Es „bringe, da es nicht arm an Bodenschätze ist, manches mit“. ⁶⁴

Zur Enttäuschung der ÖVP waren die NEI aber zu schwach, um ambitionierte Ziele zu erreichen. Sie waren keine starke christdemokratische Internationale vergleichbar der SI. Auch hinsichtlich der geschlechtergeschichtlichen Dimension boten die NEI kein Forum, was aber mehr an der Männerdominanz der Netzwerkbildungen österreichischer Vertreter im transnationalen Parteienverbund lag: Lediglich Nadine Paunovic und Lola Solar (beide ÖVP) wirkten an der Kooperation der europäischen Christdemokratie mit.

Phase 2: Versuchte Stärkung der transnationalen Kooperation durch die EUCD 1965–1978

Aufgrund loser Struktur fehlte es den NEI an Effizienz. Dieser Zustand wurde für die ÖVP immer weniger zufriedenstellend, immer schmerzlicher spürbar und von ihr auch beklagt. Besonders auf Wunsch der italienischen DC, der Schweizer Katholischen Volkspartei (KVP), der CDU und der ÖVP war eine Intensivierung der transnationalen Parteienkooperation in Europa gefordert worden, nachdem 1961 bereits eine Christlich-Demokratische Weltunion (CDWU) gebildet worden war. Seit 1964 und im Vorfeld des 17. NEI-Kongresses in Taormina vom 9. bis 12. Dezember 1965 erfolgte eine Reorganisation der christdemokratischen Parteienkooperation. Die EUCD bestand aus Mitgliedsparteien. Existierten mehrere Parteien in einem Land, formten diese eine Equipe. ⁶⁵ Für die ÖVP sollte die EUCD einen Versuch darstellen, über das engere Kleineuropa hinauszugehen. In einer Rede „Wir sind Bürger Europas“ vom 26. Januar 1965 hatte Bundeskanzler Josef Klaus (ÖVP) schon sein Grosseuropa-Konzept als Appell vor dem Europarat offen ausgesprochen:

„Streben Sie nach einer europaeischen Formel, die nicht zu klein und zu eng gefasst ist; streben Sie nach einer europaeischen Formel, in der es keine ‚Exklusiven‘ gibt; streben Sie nach einer europaeischen Formel, in der ein Platz fuer alle europaeischen Voelker vorhanden ist. Auch die neutralen Staaten wuenschen sich nicht in die Rolle innerer Emigranten in Europa versetzt zu sehen. Nicht ‚Isolierung der Neutralen‘ darf die Losung heissen, wenn die uebrigen Europaer an die Schaffung des Europas von morgen denken.“ ⁶⁶

Eine internationale Kommission der EUCD beschäftigte sich in den 1970er Jahren verstärkt mit den Problemen der KSZE im Rahmen der Ost-West-Beziehungen, aber auch mit den Orientierungen Portugals und Spaniens zur Demokratie. Die EUCD geriet jedoch nach einigen Jahren in den Schatten der christdemokratischen Fraktion des Europaparlaments.

⁶⁴ Wiener Zeitung, 22.6.1958.

⁶⁵ Dok. 222: Entschließung, XVII. Kongress der EUCD, Taormina, 9.–12.12.1965, in: Gehler/Kaiser: Transnationale Parteienkooperation der europäischen Christdemokraten, S. 691–693.

⁶⁶ Rede von Bundeskanzler Josef Klaus „Wir sind Bürger Europas“, gehalten am 26.1.1965 vor der Konsultativversammlung des Europarates in Strassburg, Wien o.J., S. 9.

Die am 29. April 1976 initiierte transnationale „EVP. Föderation der christlich-demokratischen Parteien der EG“ unterschied sich deutlich von bisherigen Formen christdemokratischer Kooperation.⁶⁷ Die offizielle Gründungsversammlung fand am 8. Juli 1976 in Luxemburg statt.⁶⁸ Der außenpolitische Sprecher der ÖVP, Abgeordnete in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats und der über ein Jahrzehnt amtierende EUCD-Vizepräsident (1983–1994), Ludwig Steiner argumentierte, dass manche europäische Christdemokraten nur in EG-Kategorien dachten, was als unzureichend empfunden wurde. Vor diesem Hintergrund bemühten sich ÖVP-Vertreter mit Unterstützung der deutschen Unionsparteien CDU (Helmut Kohl) und CSU (Franz-Josef Strauß) und der britischen Konservativen, den ideologisch eng gesteckten Rahmen der „Christdemokratie“ auszudehnen und ein breiteres Spektrum an Kooperation europäischer Parteien der bürgerlichen Mitte inner- und außerhalb der EG zu schaffen. Es war ein Ziel von Helmut Kohl, die ÖVP als Art Platzhalter bzw. Instrument und Mittel zum Zweck zu benutzen, um mit ihrer Zuhilfenahme im Wege der EDU eine breite Plattform aller konservativ-bürgerlichen Parteien in Europa zu etablieren und damit eine Mehrheit im direkt zu wählenden Europäischen Parlament (EP) aufzubauen.⁶⁹

Phase 3: Die EDU als Reaktion auf das Ausgeschlossensein aus der EVP und Erhard Buseks spezielles Dissidenten-Netzwerk in Ost-Mitteleuropa 1978–1989/95

Seit 1975 bemühte sich ÖVP-Generalsekretär Herbert Kohlmaier um eine Gesprächsbasis zwischen Christdemokraten, Gaullisten und Konservativen aus Großbritannien und Skandinavien. Ein Grund für die Sammlung von Mitte-Rechts-Kräften kann in der Reaktion auf die ausstrahlungskräftigere SI unter dem charismatischen Trio Palme-Brandt-Kreisky gesehen werden. Da eine Reihe christdemokratischer Parteien der EVP eine Zusammenarbeit mit „konservativ“ bezeichneten Parteien verwarf, dachten vor allem ÖVP-Politiker an eine neue Organisation, um das ewige „Hinterherhinken“ gegenüber der SI zu beenden. Die vor dem Hintergrund des Bedeutungsverlusts der EUCD erfolgten Bemühungen, zu einem *modus vivendi* mit der EVP zu gelangen, waren jedoch nicht erfolgreich. Gespräche zwischen Erhard Busek (ÖVP) und Alfred Stirnemann (ÖVP) mit Leo Tindemans (CVP) und Kai-Uwe von Hassel (CDU) ergaben, dass die EVP keine Ausnahme machen wollte, wie dies bereits gegenüber den britischen Konservativen praktiziert wurde. Besonders die belgischen und niederländischen Christdemokraten stellten sich gegen jeden Beobachter- oder Assoziationsstatus.⁷⁰

67 Mertens: Beitrag, S. 28–33.

68 Van Hecke: „Christen-democraten en conservatieven in de Europese Volkspartij, S. 202.

69 Interview mit Vizekanzler Dr. Erhard Busek in Bled, 8.6.2007; Volker Koop: Kai-Uwe von Hassel. Eine politische Biographie, Köln 2007.

70 Mertens: Beitrag, S. 28–33; Khol: Die internationalen Parteizusammenarbeit, S. 375–378; Ludwig Steiner: Diplomatie/Politik. Ein Leben für die Einheit Tirols. Ein Leben für Österreich. 1972–2007, Bozen/Innsbruck/Wien 2008, S. 293f.

Von Hassel verglich die Rolle der EUCD mit der Rolle des Europarates auf parlamentarischer Ebene. Auf Vorschlag von ÖVP-Bundesparteiobmann Josef Taus wurden seit 1977 gemeinsame Sitzungen der Gremien der EVP und EUCD abgehalten und im selben Jahr wurde auch eine EUCD-Arbeitnehmer-Organisation in Brüssel unter Mitwirkung des Arbeiter- und Angestelltenbundes (ÖAAB) gegründet. Ein weiterer Schritt zur Konzentrierung der Kooperation sollte die Fusionierung der Sekretariate von EUCD und EVP 1983 mit Sitz in Brüssel sein, womit das alte EUCD-Sekretariat in Rom obsolet wurde. In der Zwischenzeit intensivierte sich aber auch das Engagement von ÖVP-Vertretern zur Verbreiterung der bürgerlichen Parteienkooperation, während die britische Conservative Party auf engere Zusammenarbeit einer gemäßigten Mitte-Rechts-Allianz hinarbeitete. Vor diesem Hintergrund entsprang die Initiative zur EDU. Sie war laut Franz Horner „als Gegengewicht zur Sozialistischen Internationale konzipiert“.⁷¹ Ihre Gründungsversammlung fand 1978 nach Vorabsprachen mit EVP und EUCD, einem von Franz-Josef Strauß (CSU) arrangierten Treffen in München, einer Vorkonferenz in Wien und dann einer Konferenz in Salzburg auf Schloss Kleßheim statt. Die dänische und finnische Partei, Gaullisten, die CDU, die norwegische, portugiesische, schwedische und britische Conservative Party sowie die ÖVP waren Gründungsmitglieder neben einer Reihe von Beobachtern. Taus wurde am 24. April 1978 einstimmig zum Vorsitzenden gewählt, sein Nachfolger als ÖVP-Obmann Alois Mock dann schon ein Jahr darauf, am 20. Juli 1979, auf Beschluß der Parteiführer in London auch als sein Nachfolger zum EDU-Vorsitzenden bestimmt und wiederholt in seinem Amt bestätigt. Niederländer, Belgier und Italiener blieben der EDU in konsequenter Verfolgung ihrer strikten Position gegenüber den Konservativen fern.⁷²

Die Geschichte der EDU-Gründung, so wie sie eigentlich gewesen ist, erzählt Khol:

„Die entscheidende Vorabsprache fand im Hotel von Josef Taus in Kirchberg in Tirol im Feber 1978 statt. [Heiner] Geisler CDU, Lady Elles GB und Lars Tobisson, Schweden, Taus und ich. Ich hatte einen sehr kurzen Satzungsentwurf gemacht, der akzeptiert wurde, er galt bis zum Schluß. Dann gabs eine Sitzung in Kopenhagen im März, bei der überraschend [Jean de] Lipkowski [RPR], von Chirac geschickt, auftauchte. In London klärte ich dann mit Alistair McAlpine, Schatzmeister der Tories und Thatcher-Vertrauter, die Finanzfrage, Die Partei mit dem größten Beitrag sollte den Treasurer stellen, und das waren die Tories. (...) [Die ÖVP] leistete nur einen sehr bescheidenen Mitgliedsbeitrag. Alles wurde durch alle Parteien ganz sauber aus ihren Parteibudgets finanziert. Als Mock aufhörte, behielten wir das Sekretariat und den Sekretär, weil wir so effizient waren, im Gegensatz zu EVP und UECD. So wars wirklich.“⁷³

- 71 Franz Horner: Parteienkooperation der europäischen Christdemokraten. Möglichkeiten und Grenzen. Ein Kommentar, in: Gehler/Kaiser/Wohnout (Hg.): Christdemokratie in Europa im 20. Jahrhundert, S. 737–749, hier S. 747.
- 72 Mertens: Der Beitrag, S. 45–65; Robert Kriechbaumer: Prolegomena zu einer politischen Biographie, in: Erhard Busek/Andreas Khol/Heinrich Neisser (Hg.): Politik für das dritte Jahrtausend. Festschrift für Alois Mock zum 60. Geburtstag, Graz 1994, S. 529–572, hier S. 564.
- 73 Auskunft Nationalratspräsident a. D. Prof. Dr. Andreas Khol für den Verfasser 22.2.2008.

Drei Motive waren für die EDU-Gründung aus österreichischer Sicht entscheidend: die Unzufriedenheit mit der schwächelnden EUCD, die Präsenz der SI mit dem vielzitierten „Dreigestirn“ und das erzwungene Fernbleiben von der EVP. Das Verhältnis zu den italienischen Christdemokraten erkalte unter Mock, weil die DC die EDU als „massive Bedrohung“ ihrer weltweiten Rolle empfand. Die EUCD war von Italienern und Belgiern beherrscht, die Weltunion UMCD hatte ihren Sitz in Rom und verfügte später in der Zeit von „Tangentopolis“ über erhebliche Personal- und Finanzmittel.⁷⁴ Laut Khol standen bei der EDU-Gründung anders gewichtete Motive im Vordergrund:

„Die CDs hatten im EP keine Mehrheit, daher mußten die Tories und die Gaullisten geholt werden. Das war das Interesse der Deutschen. Die Skandinavier und wir wollten näher zur EU und die Mitgliedschaft irgendwann einmal öffnen. Sie wissen: damals war es [ein] Anathema davon zu sprechen, am Höhepunkt Kreisky und Neutralität! (...) Kreisky war für die EFTA, die ÖVP Klaus für die EU, damals EWG. Seit 1966 war dieser Zwist, den erst Jankowitsch 1984, dann Vranitzky 1989, sein historisches Verdienst, überwand. Als Drittes spielte die Konkurrenz zu Brandt-Kreisky-Palme eine Rolle. Gleichermaßen kündigte sich die neokonservative Renaissance mit Thatcher und Reagan, davor aber mit Gösta Bohman und Poul Schlüter an. Von all dem wollten die Benelux und Italien nichts wissen.“⁷⁵

Der EDU gehörten anfangs zehn Mitgliedsparteien sowie acht Parteien mit Beobachterstatus an. Taus nutzte den „Heimvorteil“ und trat als erster Vorsitzender der EDU für „ein größeres Europa in Frieden und Freiheit“ ein:

„Es soll sich um eine Union handeln, um eine Arbeitsgemeinschaft, in der gemeinsame Politik diskutiert wird und Schritte zu ihrer europaweiten Realisierung beraten werden (...) Das Wort ‚demokratisch‘ in der Bezeichnung unserer Union zeigt die Grundlage dieser Zusammenarbeit auf: das Bekenntnis zur westlichen Demokratie, die wir in unseren Ländern als Ergebnis langer Entwicklungen geschaffen haben (...) Das Wort ‚europäisch‘ weist die Dimension unserer Arbeit auf: Probleme, die sich in Europa stellen, Aufgaben, die europäisch zu lösen sind, das steht im Mittelpunkt unseres Wollens. Das darf uns aber nicht daran hindern, weitere Perspektiven zu sehen. Wir wollen uns zunächst als europäische Arbeitsgemeinschaft gründen, was aber nicht heißt, dass wir uns auf Europa begrenzen wollen. Allen Parteien, auch außerhalb Europas, die die gleichen Grundsätze vertreten wie wir, sollten wir uns öffnen.“⁷⁶

74 Auskunft Dr. Khol für den Verfasser, 6.3.2007.

75 Auskunft Dr. Khol für den Verfasser, 22.2.2008.

76 Josef Taus: Ein größeres Europa in Frieden und Freiheit, Erklärung zur Gründung der EDU, in: Österreichische Monatshefte 5 (1978), S. 10.

Wie sich herausstellen sollte, war dieser Denkanstoß für die eurozentrierte EDU zu hoch gegriffen. Sein Nachfolger Mock sprach davon, dass für einige EDU-Mitglieder „außereuropäische“ Beitrittswerber nicht in Frage kämen, weil sie neue, „außereuropäische“ Probleme einbringen würden.⁷⁷ Die Folge davon war die Gründung der Pazifisch-Demokratischen Union“ am 26. Juni 1982, der die liberalen Parteien Japans und Australiens, die Konservative Partei Neuseelands und die Republikaner der USA angehörten,⁷⁸ und der „Internationalen Demokratischen Union“ (IDU) am 24. Juni 1983 in London, an der auch außereuropäische christdemokratische Parteien teilnahmen. Die IDU bedeutete eine Verstärkung der Kontakte zu Margaret Thatcher (UK), Ronald Reagan (USA) und Malcolm Fraser (Australien) sowie der damit erwarteten weltweiten neokonservativen Trendwende. Mit Einbeziehung der europäischen und „pazifischen“ Mitte-Parteien in die IDU wurde ein lockerer organisatorischer Rahmen für ein weltweites Gesprächsforum geschaffen. Der ÖVP-Oppositionspolitiker Mock stand diesem Gremium von 1983 bis 1987 vor.⁷⁹ Er hob mit der Begründung der IDU auch die EDU auf die weltweite Ebene. Ein besonderes Anliegen war ihm die Einbeziehung der Amerikaner, Australier und Japaner.⁸⁰ Mit Ende des Kalten Krieges kam es auch zu einer Annäherung zwischen Christdemokraten, Konservativen und Liberalen und somit zur Verdichtung des bürgerlichen Parteienspektrums. Der gemeinsamen Initiative von Mock als EDU-Chef und Otto Graf Lambsdorff als Präsidenten der Liberalen Internationale war die Annäherung von EDU und LI geschuldet, die im Mai 1993 zur Gründung einer eigenen Kommission „Das große Europa“ in Wien führte, die als eine regierungsunabhängige internationale Organisation dort angesiedelt war.⁸¹

Ihrem Selbstverständnis nach wollte die EDU, übrigens als Verein nach österreichischem Recht registriert, weder ein Parteienbund wie die EUCD noch eine „Europa-Wahlpartei“ wie die EVP sein. Sie sah sich als „Arbeitsgruppe“ von Parteien und Koordinator europapolitischer Vorstellungen. Im September 1979 war eine Reihe von „Mitte-Parteien“ aus europäischen Ländern in der EDU vertreten.⁸² Organisationen innerhalb der EDU waren die „Europäische Frauenunion“ (EFU), die „Europäischen Demokratischen Studenten“ (EDS) und die „Democrat Youth Community of Europe“ (DEMYC), Vizepräsident war Nationalratsabgeordneter Josef Höchtl. In der EFU waren Österreicherinnen immer aktiv, u. a. Vize-

77 Das Europakonzept der EDU, Dokumente zur ÖVP-Europapolitik, Archiv des Karl von Vogelsang-Instituts, Sign. 2358.

78 Kriechbaumer, Prolegomena, S. 565.

79 Mertens: Beitrag, S. 62–65; Auskunft Dr. Khol für den Verfasser, 22.2.2008.

80 Auskunft Mag. Alexis Wintoniak für den Verfasser, 29.3.2007.

81 Näheres hierzu bei Franz Horner: Die politische Rolle internationaler Parteiverbände in der Zukunft, in: Erhard Busek/Andreas Khol/Heinrich Neisser (Hg.): Politik für das dritte Jahrtausend, Graz 1994, S. 129–145, hier S. 134–135.

82 Es waren Zypern, Großbritannien, Schweden, Norwegen, Dänemark, Portugal, Österreich, Frankreich, Bundesrepublik, Italien (Südtirol) und Finnland. Beobachter waren Parteien aus Malta, Griechenland, Finnland, Türkei, Spanien, Schweiz, Frankreich und Italien (Südtirol); Khol/Tobisson/Wintoniak, Twenty Years European Democratic Union, S. 122–126.

präsidentin Maria Schaumayer (später österreichische Nationalbank-Präsidentin) sowie auch Marlies Flemming und Ingrid Tichy-Schreder.⁸³

Für den im Juli 1979 neu gewählten EDU-Vorsitzenden, ÖVP-Bundesparteiobermann Alois Mock, galt es, Probleme zu lösen. Exekutivsekretär Andreas Khol kam zu der Erkenntnis, dass die Tätigkeiten für die EDU-Mitglieder auf dem internationalen Sektor nur mittelbar wichtig gewesen wären. Es habe sich gezeigt, dass auch innerhalb der EDU der Kreis der Parteifunktionäre mit außenpolitischem Interesse zu klein wäre. Die Top-Außenpolitiker hätten unter terminlicher Überbelastung zu leiden. Khol sah, dass die Kosten selbst für das kleine Sekretariat zu hoch waren und es auch ein ideologisches Problem gab, nämlich die Definition der „politischen Mitte“. Während, so Khol, die italienische DC um ihre Führungsrolle in der EUCD fürchte und deshalb nicht der EDU beitreten wolle, sähen vor allem die Benelux-Parteien in der konservativen Ausrichtung der EDU Gegensätze zu ihrer eigenen politischen Werteskala. So würden die holländischen Christdemokraten argumentieren, „eine christliche Demokratie könne nie konservativ sein“.⁸⁴ Die Democristiani verfolgten laut Erhard Busek eine „linkere Linie“, was vor allem der bayerischen CSU und ihrem Vorsitzenden Franz-Josef Strauß „unangenehm“ war. Doch ist die DC-Position auch im Kontext des Scheiterns „echter Christdemokraten in Spanien“ zu sehen. Strauß hatte sich massiv für die Aufnahme der Partido Popular (PP) eingesetzt, „die zweifellos noch postfaschistische Reste in sich hatte“. So gesehen handelte es sich nicht nur um eine Frage der Führung, sondern auch um eine solche der Kursrichtung, die im italienischen Kontext unter dem Motto der „apertura a sinistra“ zu verstehen war. Bei den Niederländern gab es ein stärkeres Engagement im Sinne der katholischen Soziallehre, die Distanz zum Konservativismus schuf.⁸⁵

Mock forderte in seiner „Erklärung nach der Wahl zum Vorsitzenden der EDU“ hinsichtlich der Innenwirkung folgende Handlungsweise:

„Diese Union sollte erstens eine zunehmend enger werdende Zusammenarbeit aller Mitte-Parteien in Europa sicherstellen, die nicht auf christlich-demokratische Parteien allein und nicht auf Parteien ausschließlich aus Ländern der Europäischen Gemeinschaft beschränkt sein sollte. Zweitens, dem Gedanken der europäischen Einheit dienen. Drittens, konsequent gegen alle undemokratischen, autoritären Ideologien kämpfen, unabhängig davon, ob sie von links oder von rechts kommen (...) Wir haben sichtbar zu zeigen, dass wir eine europäische Kraft bedeuten, und dass wir nicht vereinzelt, isolierte und national begrenzte Parteien darstellen (...).“ Und zur Außenwirkung: „(...) Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass Europa viel größer ist als die Europäische Gemeinschaft, und dass die Länder außerhalb dieser Gemeinschaft legitime Interessen und Wünsche verfolgen. Die EDU kann als eine Brücke und als ein Scharnier zwischen diesen

83 Mitteilung Vizekanzler a. D. Dr. Erhard Busek für den Verfasser, 26.10.2007.

84 Andreas Khol: EDU: Die europäische Parteiengruppe der fortschrittlichen Mitte, in: Österreichische Monatshefte 3 (1981), S. 16 ff., hier S. 19.

85 Auskunft Vizekanzler Dr. Erhard Busek für den Verfasser, 26.10.2007.

Teilen des freien Europas dienen, ohne dabei jene Völker in Europa zu vergessen, die nach unserer Gesellschaftsordnung trachten, aber immer noch unterdrückt sind (...). Vor nicht allzu langer Zeit haben die Sozialisten gesagt: ‚Europa wird sozialistisch sein oder es wird nicht sein.‘ Wir haben ihnen zu zeigen, was die Europäischen Wahlen bereits in einem gewissen Ausmaß gezeigt haben, dass nämlich eine echte Alternative zu ihrer Idee von der Einheit Europas besteht (...).“⁸⁶

Die EDU trug zur Enttäuschung der ÖVP wie ihre Vorgängerorganisationen zu keinem Konsens bezüglich forcierterer Integrationspolitik bei. In keinem EDU-Dokument fand sich bis 1987 ein überzeugtes Bekenntnis zur „european integration“, dafür war von „european cooperation“ die Rede.⁸⁷ Für ÖVP-Vertreter war dies ein Zauberwort, welches für die vier Neutralen, Briten und Franzosen geeignet war, die gegen jeglichen Euroföderalismus eingestellt waren und für die Integration gleichbedeutend mit Walter Hallsteins supranationalem Europa war.⁸⁸

Hauptschwerpunkte der ÖVP-Europapolitik Ende der 1970er Jahre waren die Gründung von und Teilnahme an europapolitischen Parteienverbindungen. Dies war vor allem im Lichte einer Profilierung zweier neuer Bundesparteiobermänner (Taus und Mock) zu sehen, deren Hauptgegner Kreisky im Gegensatz dazu seine Profilierung in der Weltpolitik suchte. Auf dem Gebiet der internationalen Politik erzwangen die öffentlichkeitswirksamen Aktionen der SI ein „Nachziehen“ der konservativen und christdemokratischen Parteien. Mock wirkte als Integrationsfigur der christdemokratischen und konservativen Parteien. Gemeinsam mit Kohl, Strauß, Thatcher und Chirac profilierte er sich bei der Einigung des bürgerlich-konservativen Parteienspektrums in Europa. Der ÖVP ging es insbesondere um eine Kompensation für das Ausgeschlossenheit von der EVP und vor allem von der europäischen Wirtschaftsintegration. Alter ego zu Mock war Khol, der die EDU-Geschäfte effizient leitete, so dass entgegen ursprünglichen Absichten das Sekretariat in Wien bleiben konnte. Nachdem Mock ab 1987 durch Vizkanzlerschaft und Außenministerium absorbiert und entsprechend gebunden war, übernahm Khol die inhaltliche Arbeit und Führung der EDU.⁸⁹

Das bemerkenswerte Engagement der ÖVP ist dem Umstand geschuldet, dass sie sich in den Jahren 1970 bis 1986 in Opposition befand. Enge persönliche Kontakte bauten daher Alois Mock und Andreas Khol im EDU-Rahmen zu verschiedenen europäischen Spitzenpolitikern auf, so z. B. Helmut Kohl (CDU), Bernhard Vogel (CDU), Franz-Josef Strauß (CSU), Edmund Stoiber (CSU), Theo Waigel (CSU), Erwin Huber (CSU), Jacques Chirac (Union des Démocrates pour la République, UDR), Carl Bildt (Moderata Samlingspartiet),

86 Alois Mock: Erklärung nach seiner Wahl zum Vorsitzenden der EDU, in: Österreichische Monatshefte 3 (1979), S. 18 f.

87 Andreas Khol: Der politische Beitrag der christlichen Demokratie zur Europäischen Integration, in: Christliche Demokratie 1 (März 1987), S. 35–47, hier S. 36.

88 Auskunft Dr. Khol für den Verfasser, 22.2.2008.

89 Khol: Der politische Beitrag, S. 36.

Margret Thatcher (Conservatives), José Maria Aznar (Partido Popular), Ilkka Suominen und Sauli Niinistö (Kansallinen Kokoomus).⁹⁰

Waren Mock und Khol eindeutig westlich ausgerichtet, so war Busek auch Mittel- und Osteuropa-orientiert. Nahezu im Alleingang knüpfte er Kontakte unterschiedlicher Intensität und stellte enge Beziehungen zu József Antall, Magyar Demokrata Fórum (MDF) her, weniger starke zu Viktor Orbán, Független Kisgazdapárt (Ungarische unabhängige Partei der Kleinlandwirte, Landarbeiter und des Bürgertums) (FKgP), der zunächst einen „Mitte-Linkskurs gefahren ist“. Gleiches galt für Václav Klaus, Občanská demokratická strana (Demokratische Bürgerpartei) (ODS). Die Kontakte Buseks zielten zunächst in Richtung „alte“ christlich-demokratische Partei, die große Mühe hatte, sich aus ihrer Vergangenheit und Verbindung zu den Kommunisten im Wege der Narodna Fronta zu lösen. Differenziert zu sehen ist auch das Verhältnis zur Partei von Jan Carnogursky (Krestanskodemokratické Hnutie Slovenska) und zur Gruppierung von Mikuláš Dzurinda, Slowakische Demokratische Koalition (SDK). Der polnische Politiker Tadeusz Mazowiecki hatte sich für seine Gruppe geweigert, der EDU beizutreten. Die Verbindungen sind weniger über das parteipolitische Netzwerk der EDU hergestellt worden, sondern weitaus mehr über Buseks Kontakte zu ehemaligen Dissidenten.⁹¹

Andreas Khol meinte rückblickend zur EDU-Netzwerkbildung: Als „Vehikel der Förderung der MOE-Länder“ sei sie „vital wichtig“ gewesen. „Die Leute, die ich damals von 1982 bis 1994 kennen gelernt habe, habe ich alle bei ihrem Aufstieg in ihrem Land begleitet, als ich Präsident wurde, kannte ich die Hälfte meiner Kollegen aus der EDU und der UECD. Heute gibt es die EVP, die Teile dieser Funktionen übernommen hat und die EU hat weite Bereiche der Außenpolitik zur Innenpolitik im Rahmen der EU-Institutionen gemacht.“⁹²

Bei Gründung der EDU waren alle ihre Parteien – außer den Gaullisten – in Opposition. Fünf Jahre später gehörten viele ihrer Vertreter zu den führenden Politikern Europas (Gösta Bohman, Jacques Chirac, Helmut Kohl und Margaret Thatcher). Andreas Khol erinnert sich: „Mit Thatcher wurden wir nicht wirklich warm, weil sie die soziale Dimension der Marktwirtschaft brutal ablehnte. Aber die Eurotories arbeiteten sehr gut mit uns. Wir diversifizierten erfolgreich, wurden sehr befreundet mit den Dänen, Poul Schlüter und den Schweden, aber auch den Finnen. Das wurden alles persönliche Freunde, Carl Bildt, Gösta Bohman, Suominen usw. Das erleichterte den EU Beitritt sehr.“⁹³ Die EDU war „für unsere EU-Ambitionen spielentscheidend“, wie Khol meint: Der EU-Beitritt wäre ohne die EDU „nicht so glatt gelaufen“.⁹⁴

Erst 1991 wurden im Zuge des 8. EVP-Kongresses in Dublin vom Vorjahr der ÖVP und der schwedischen Kristdemokratiska Samhällspartiet assoziierter Mitgliederstatus in der

90 Auskunft Dr. Khol, 6.3.2007.

91 Mitteilung Vizekanzler Dr. Erhard Busek, 26.10.2007; siehe auch Esther Schollum: Die Europäische Demokratische Union (EDU) und der Demokratisierungsprozess in Ost-, Mittel- und Südosteuropa, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1991, München 1992, S. 491–524, hier S. 491 ff.

92 Mitteilung Prof. Dr. Khol für den Verfasser, 12.2.2007.

93 Email Nachricht von Andreas Khol, 6.3.2007.

94 Mitteilung Khol für den Verfasser, 12.2.2007.

EVP zugestanden. Mit der EU-Erweiterung verstärkte sich das pro-europäische Kräftepotential in der EVP. Im Herbst 1994 entsandte die ÖVP zwei Beobachter ins Europäische Parlament (EP). Nach dem EU-Beitritt ab 1. Januar 1995 konnten finnische, schwedische und österreichische EP-Abgeordnete als volle Mitglieder der EVP-Fraktion aufgenommen werden.⁹⁵

Von 1978 bis 2002 bestanden EUCD und EDU nebeneinander. Die EVP hat nach der Verschmelzung mit der EDU 1999–2002 von dieser die Arbeitsgruppen aus Vertretern der staatlichen Parteien übernommen. Seither besteht das christdemokratische europäische Netzwerk ausschließlich in der Kooperation im Rahmen der EVP.⁹⁶ Zusätzliche Kräfte sind aus der Fusionierung jedoch nicht erwachsen. Die gesamte ideologische Breite konnte nicht erhalten werden. Die Fraktion im Europäischen Parlament ist grundsätzlich stärker als es die EVP nach außen überhaupt sein kann.⁹⁷

IV. Getrennte Wege – gemeinsames Ziel:

Transnationale Parteienkooperation im Zeichen des geplanten EG-Beitritts

Der Einfluss transnationaler Parteienkooperation war in Bezug auf die österreichische Integrationspolitik unterschiedlich stark. In der ersten Nachkriegsphase spielten nationsübergreifende christdemokratische Parteienbeziehungen schon eine Rolle, sie waren wegbereitend im Sinne von ersten Kontakten und Vertrauensbildung gegenüber westeuropäischen Parteienvertretern und ihrem Verhältnis zum ehemaligen „zweiten deutschen Staat“, sie waren aber noch nicht so durchschlagend wie jene parteipolitischen Kooperationsformen der 1980er und 1990er Jahre. Die SI entwickelte in den 1970er Jahren eine starke transnationale Zusammenarbeit, die über den europäischen Rahmen hinausreichte. Die SPÖ war bis zu Vranitzkys Kanzlerschaft gegen einen Beitritt in die EG, die vielfach als „soziale Marktwirtschaftsunion“ wahrgenommen wurde. Auch die ÖVP war in dieser Frage zunächst gespalten, so daß in den Jahren 1985–1987/88 erst eine innenpolitische und innerparteiliche Überzeugungsarbeit für den EG-Beitrittsantrag zu leisten war:

„Es gab die Ostler und die Westler. Mock war bis 1987 sehr kritisch gegenüber einem EU-Beitritt, er war immer ein Ostler gewesen, wie viele Wiener, auch die Wirtschaftskammer. Er ließ mir aber, ich war damals schon im Parlament, gegen den Widerstand von L[udwig]. Steiner, die Freiheit, mit [Fritz] König und [Othmar] Karas die Beitrittspolitik vorzubereiten.“⁹⁸

95 Steven van Hecke: A Decade of Seized Opportunities. Christian Democracy in the European Union, in: Steven van Hecke/Emmanuel Gerard (Hg.): Christian Democratic Parties in Europe since the End of the Cold War (KADOC Studies on Religion, Culture and Society 1), Leuven 2004, S. 269–295, S. 278–279, 286; Khol: Die internationalen Parteienzusammenarbeit, S. 377–378.

96 Mitteilung Wintoniak, 29.3.2007; Alexis Wintoniak: Uniting the Centre-right of Europe. The Result of Historical Developments and Political Leadership, in: European View 3 (2006), S. 173–176.

97 Interview Dr. Busek, 8.6.2007.

98 Auskunft Dr. Khol für den Verfasser, 22.2.2008.

Welche konkreten Ergebnisse im Einzelfall auf die Arbeit von Netzwerken zurückzuführen sind, ist mitunter sehr schwierig zu belegen und bleibt daher letzten Endes schwer zu beurteilen, zumal laut Peter Jankowitsch „bei solchen immer mehrere Faktoren mitspielen“. Folgende Elemente waren es aus seiner Perspektive bei den Sozialisten:

„(...) sicher war die lange sehr starke Stellung der SPÖ in der SI und der später gebildeten SPE auch im Zusammenhang mit der guten Zusammenarbeit zwischen einzelnen Führungspersönlichkeiten zu sehen. So hat jedenfalls der gute Kontakt zu wichtigen sozialdemokratischen Parteien in Europa den Beitritt Österreichs zur heutigen EU erleichtert, weil es dabei ja auch viele Widerstände und Misstrauen (Neutralität!) zu überwinden gab. Auf solche Kontakte können auch manche Erfolge beim Aufbau Wiens als UN-Sitz zurückgeführt werden. (...) Wichtig waren immer auch gute Verbindungen mit Führungspersönlichkeiten der Dritten Welt, die ich u.a. als Leiter vieler österreichischer Gastdelegationen zu Gipfelkonferenzen und Aussenministertreffen der Blockfreien herstellen konnte.“⁹⁹

In der Aussen-, Europa- und Weltpolitik der SPÖ waren laut Jankowitsch solche Netzwerke „sicher immer von Bedeutung“, wobei man zwischen formellen und informellen Netzwerken unterscheiden muss: „Formell war die SPÖ ja schon bald und noch lange vor der SPD in verschiedene internationale Netzwerke wie Sozialistische Internationale, verschiedene sozialistische Europaorganisationen und der IUSY etc. eingebunden und wurde von ihnen beeinflusst, z. B. in ihrer anfänglich sehr pro-europäischen Haltung (Beitritt zum Europarat etc.). Weltpolitisch färbte die sehr pro-israelische Haltung der SI lange auch auf die SPÖ oder Teile von ihr ab, was Kreisky dann etwas korrigiert hat.“¹⁰⁰

In der Integrationspolitik war das „sozialistische Dreigestirn“ mit Brandt, Palme und Kreisky allerdings tendenziell eher an der Aufrechterhaltung des Status quo orientiert, eine Haltung, die Dynamisierungsmöglichkeiten nicht ausschloss, wie die EFTA-Konferenz 1977 in Wien unterstrich. Der spätere Bundeskanzler Franz Vranitzky (SPÖ) bewertete diese Phase rückblickend lakonisch: „Das Erscheinungsbild des Trios Kreisky-Palme-Brandt war für viele international und außenpolitisch Interessierte und in Hinblick auf die Dritte Welt ein glänzendes. Bezüglich der Einbringung Österreichs in die Konstruktion ‚Europäische Integration‘ war es von marginaler Bedeutung, sofern überhaupt.“¹⁰¹

Bedingt durch seine Oppositionsrolle suchte Mock als EDU- und IDU-Präsident andere transnationale Profilierungsmöglichkeiten dieser Parteienkooperationsformen im europäischen und internationalen Rahmen, was mit Blick auf Lobbying für den österreichischen EU-Beitritt im Europäischen Parlament (EP) in den Jahren 1992–1994 nicht unwesentlich war. Helmut Kohl wurde zum stärksten Befürworter und Unterstützer, auch Giulio Andre-

99 Email-Information von Minister a. D. Dr. Peter Jankowitsch für den Verfasser, 25.6.2007.

100 Ebd.

101 Brief Dr. Vranitzky an den Verfasser, 19.3.2007.

otti (DC) war positiv eingestellt, u. a. um die autonomiepolitisch immer noch offene Südtirolfrage zu einer Lösung zu bringen. Andreas Khol erinnert sich noch lebhaft:

„Ohne die persönlichen Freundschaftsbeziehungen von Mock zu Helmut Kohl, Jacques Chirac und Poul Schlüter wären die Beitrittsbemühungen zur EU nach 1987 nicht so schnell ans Ziel gelangt. Delors und die Föderalisten waren ja alle dagegen, Stichwort Verwässerung, und Delors hatte einen eigenen Abwehrplan aufgestellt. Bei jedem europäischen Gipfel, heute Rat, bei dem Österreich zur Debatte stand, funktionierte es nach dem gleichen Muster. Im Entwurf des Schlußcommuniqués war ein inhaltlicher Passus zu Österreich. Kohl sprach jeden Gipfel vorher mit Mock, dann mit Mitterrand ab, kam dann in die Vorbereitungen der EVP, und präsentierte einen kleinen Zettel, auf dem 6 Worte geändert waren, und drehte das Ganze pro Österreich. Via EDU wurden Chirac und Schlüter dafür gewonnen und schon war es gemachte Sache. Entscheidend war dabei die Rolle des Kohl-Beraters [Joachim] Bitterlich, der das managte. Das ging weit über die staatliche Außenpolitik hinaus und lief immer am Telefon, direkt, ohne Sekretariate. Das ging so zwanzig mal und mehr.“¹⁰²

Die EDU diente als multifunktionelles Mehrzweckvehikel für die ÖVP-EG-Beitrittspolitik:

„Für die ÖVP war die EDU so wichtig, weil Mock und ich dabei ganz bewußt die französische Karte spielten. (...) Wir hatten mehrere große Parteiführerkonferenzen im Rathaus von Paris. (...) Die EDU erlaubte es uns, mit den unverdächtigen Skandinaviern im Verband zu segeln und nicht ‚als kleiner Bruder an der Hand der Deutschen‘ in die EU zu kommen. Deshalb sprachen wir auch konsequent englisch und französisch, was Kohl immer ärgerte.“¹⁰³

Aber auch die andere „Reichshälfte“ war nicht passiv geblieben. Während seiner Zeit als SPÖ-Bundesvorsitzender verstärkte Vranitzky Kontakte mit Spitzenfunktionären der europäischen Sozialdemokraten und Sozialisten auf Regierungsebene. Aktivität und Präsenz in der SI überließ er Nationalratspräsident Heinz Fischer und Nationalrat Peter Schieder (beide SPÖ) sowie dem jungen Alfred Gusenbauer, der bei Schieder im Europarat in die Lehre gegangen war. Vranitzky trug zur Bildung einer Gemeinsamkeit der sozialdemokratischen europäischen Regierungschefs bei, in der Absicht Österreichs und anderer Kandidaten, den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) als geeignete Zwischenstufe für einen EG-Beitritt zu betrachten. Die Übereinstimmung der Standpunkte und die Zusammenarbeit unter den vier EFTA-Staaten Finnland, Norwegen, Schweden und Österreich kam in einem informellen Netzwerk von Staatsakteuren der sozialdemokratischen PolitikerInnen bzw. Regierungschefs der vier Beitrittskandidaten zum Ausdruck: Gro Harlem Brundtland (Norwegische Arbeiterpartei, Det norske Arbeiderparti), Gösta Ingvar Carlsson (Schwedische Solzi-

102 Mitteilung Dr. Andreas Khol für den Verfasser, 22.2.2008.

103 Ebd.

aldemokratische Arbeiterpartei, Sveriges socialdemokratiska arbetareparti, SAP), Paavo Tapio Lipponen (Finnische Sozialdemokratische Partei, Suomen sosialidemokraattinen puolue) und Franz Vranitzky (SPÖ),¹⁰⁴ der zu Frankreichs Staatschef Mitterrand in der Phase der Finalisierung der österreichischen EG-Beitrittspolitik selbst keinen Zugang mehr haben sollte.¹⁰⁵

Die Verbindungen dieser Führungspersönlichkeiten überwandern nicht unerhebliche nationale Unterschiede. Die genannten Regierungschefs traten in der europäischen sozialdemokratischen Parteienfamilie relativ geschlossen und solidarisch auf. Damit erzielten sie bei den übrigen sozialistischen EG-Mitgliedsländer-Vertretern wie Felipe González, Antonio Guterres, Wim Kok, Georgios Papandreu und François Mitterrand Aufmerksamkeit, Respekt und Anerkennung. Es gelang durch akkordiertes Vorgehen die Beitrittsanliegen der jeweiligen Staaten sowohl in der Sozialistischen/Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) wie auch in der SI zu thematisieren und Unterstützung zu gewinnen. In dieser Zeit war Willy Brandt noch Präsident der SI (1976–1992). Zahlreiche Initiativen und Einladungen zur Beratung und Abstimmung gemeinsamer Positionen sowie zur öffentlichen Sprachregelung konnten somit vereinbart werden. Von österreichischer Seite fanden informelle Treffen in Wien sowie in den Salzburger und Tiroler Bergen statt. Die Begegnungen der Regierungschefs erfolgten in Westösterreich, weil diese und ihre Außenminister wegen des umstrittenen Staatsoberhauptes Kurt Waldheim nicht zu bewegen waren, in die Bundeshauptstadt zu kommen. Die Frage nach dem Wert dieser Netzwurkbildung von sozialdemokratischen Partei- und Regierungschefs und Staatsakteuren bejahte Vranitzky:

„Das wichtigste Ergebnis war, dass die 12-EU [sic!]-Mitglieder die Mehrzahl derer ja nicht gerade ‚erweiterungsbegeistert‘ (Ausnahme: Deutschland, Italien) waren, zur Kenntnis zu nehmen hatten, die Vier meinen es ernst und ihre gesamteuropäischen Argumente haben Hand und Fuß. (Alles in allem: Man bedenke, dass drei der vier Erweiterungskandidaten mit ihrem Neutralitätsstatus und daher ihrer Nicht-NATO-Mitgliedschaft in vielen EG-Regierungsstuben sowieso auf Kopfschütteln stießen.)“¹⁰⁶

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß sich ÖVP und SPÖ in der beitrtrittspolitischen Netzwerkarbeit geradezu idealtypisch ergänzten – Mock auf der außenpolitischen und transnationalen EDU-Ebene, Vranitzky auf der Ebene gemeinsam mit den nordischen Partei-, Staats- und Regierungschefs.

Die ursprünglichen Prioritäten der beiden Parteien für die EWG/EG (ÖVP) und die EFTA (SPÖ) der 1960er und 1970er Jahre diversifizierten und durchmischten sich angesichts der neuen gemeinsamen Zielrichtung, die beide Parteispitzen anstrebten, so dass eine weder akkordierte noch konzertierte Politik entstand, die auf ein unbewußtes „Getrennt marschieren und vereint schlagen“ hinauslief von zwei Politikern (Mock und Vranitzky)

104 Brief Dr. Vranitzky an den Verfasser, 19.3.2007.

105 Interview Dr. Busek, 8.6.2007.

106 Brief Dr. Vranitzky an den Verfasser, 19.3.2007.

nämlich, die alles andere als miteinander harmonierten. Das gemeinsame Ziel verband dennoch und führte zu einer sich ergänzenden Parallelaktion, die für sich genommen dem gemeinsamen Anliegen dienlich war.

V. Österreich in der EU

Seit 1995 gehört Österreich der Union an, was die Notwendigkeit transnationaler Parteienkooperation bisherigen Stils zurücktreten ließ. Österreichische Mitglieder fügten sich in die Fraktionen des Europäischen Parlaments ein und knüpften dort neue Kontakte. Die integrationspolitischen Entscheidungen fielen verstärkt auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs, was selbst die Außenminister an Gewicht verlieren ließ. Transnationale Parteienkooperation sollte aber im EVP- und SPE-Rahmen aktivierbar bleiben, wie der folgende Fall exemplarisch zeigt.

Der EU 14-Regierungsboykott und dessen Aufhebung 2000: Musterbeispiel für funktionierende christdemokratisch-konservative Netzwerkbildung

Die Abwehr der EU 14-Sanktionsmaßnahmen gegen die von Jörg Haider ermöglichte ÖVP-FPÖ-Koalition im Jahr 2000 ist ein gutes Beispiel für praktizierte Parteien-Netzwerk-Bildung. Als am 4. Februar 14 EU-Staaten die österreichische Bundesregierung boykottieren, erzeugte dies Irritation und Verstimmung in christdemokratischen und konservativen Parteikreisen Europas.

In der EVP gab es keine einheitliche Linie. José Maria Aznar beantragte, unterstützt von der Partito Popolare Italia (PPI), der Parti Social Chrétien (PSC) und der Union pour la Démocratie Française (UdF) bei einem Treffen in Madrid am 3. Februar den Ausschluss der ÖVP, setzte diesen aber nicht durch.¹⁰⁷

Khol kann dazu berichten: „Uns versicherte man aber vor der Sitzung, wir bräuchten nicht zu kommen, wir wollten Mock, Khol und König entsenden, denn da sei nichts geplant. Schäuble von der CDU erhob sein Veto und hielt uns die Stange. Der Sanktionsbeschluss war Ergebnis der Shoa-Konferenz in Stockholm am 25.1. und einer dort geführten Vorbesprechung der SI.“¹⁰⁸

Es hatte aufgrund der „Österreich-Affäre“ eine Spaltung der EVP gedroht.¹⁰⁹ Im Vorfeld und im Zuge der ÖVP-FPÖ-Regierungsbildung gab es Solidaritätsaktivitäten europäischer Sozialdemokraten im Rahmen der SI und der SPE gegen die sich abzeichnende schwarz-

107 L'affaire Haider divise les droites européennes, in: *Le Monde*, 3.2.2000; *Die Zeit*, 10.2.2000.

108 Auskunft Dr. Khol, 22.2.2008; siehe auch Andreas Khol, *Die Wende ist geglückt. Der schwarz-blaue Marsch durch die Wüste Gobi*, Wien 2001, S. 139–158, 142–145; Michael Gehler: „Preventive Hammer Blow or Boomerang? The EU „Sanction“ Measures against Austria 2000, in: *Contemporary Austrian Studies* Vol. 10, New Brunswick/London 2002, S. 180–222, hier S. 188–189.

109 Schreiben von Souli Ninisto, Berdt Bendtsen, Jan Petersen und Bo Lundgren an Wilfried Martens, 9.2.2000, zit. in: van Hecke: *Christen-democraten en conservatieven in de Europese Volkspartij*, S. 260 (Anm. 365).

blaue Koalition, die allerdings für die SPÖ-Opposition unter Alfred Gusenbauer in Österreich nur sehr wenig nützlich waren, weil sie als „Einflussnahme von außen“ kontraproduktiv wirkten. Die CDU war aus innerparteilichen Gründen (Spendenaffäre) im Januar und Februar 2000 weitgehend paralysiert, setzte sich aber in der Folge gemeinsam mit der CSU für die Aufhebung der Sanktionsmaßnahmen ein, die mit der ÖVP ihre Schwesterpartei betrafen.¹¹⁰

Helmut Kohl hatte voll hinter Österreich gestanden – ganz im Unterschied zu Jacques Chirac, der zur großen Enttäuschung von Mock nicht bereit war, die österreichische Regierung zu unterstützen. Es ist dabei anzumerken, dass sich Kohl und die CDU zu dieser Zeit in Opposition befanden. Kohl erinnert sich: „Die Enttäuschung Mocks war, dass Chirac bei den Sanktionen nicht für ihn erreichbar war. Außer einem Telefonat mit mir am 26. Jänner 2000 um 8 h 30 wollte er uns nicht sehen und hören. Das war auch das Ende einer recht langen und guten politischen Freundschaft – erst gegen Ende seiner Amtszeit, nach der Wahl 2002/3, wollte Chirac wieder Kontakte und sandte sich entschuldigende Emissäre, aber wir waren da nicht mehr zu Gesprächen bereit. In der EU-Mitgliedschaft hat uns Chirac in den entscheidenden Jahren gleich nach Mitterrand und in der 2. cohabitation sehr unterstützt. Wir waren mehrfach im Matignon zu Gesprächen und dann im Elysée.“¹¹¹

Im März und April 2000 trat in der EVP eine Abkühlung, Beruhigung und Normalisierung und im Mai und Juni sogar eine partielle Solidarisierung mit der ÖVP ein. Mit einem einstimmigen EVP-Beschluss wurde das Ausschlussverfahren gegen sie fallen gelassen, nachdem diese ihre Mitgliedschaft suspendiert hatte.¹¹² Eine Arbeitsgruppe, die sich im April aus dem Niederländer Wim van Velzen, dem Spanier Gerardo Galeote und dem Deutschen Hartmut Nassauer, allesamt Mitglieder der EVP-ED-Fraktion, zusammensetzte, legte bis Juni einen Bericht über die Situation in Österreich und die Arbeit der Bundesregierung vor. Für die Dauer der Erarbeitung des Reports hatte die ÖVP freiwillig auf ihre Teilnahme bei Sitzungen von EVP-Organen verzichtet, wofür im Gegenzug die EVP weder über Österreich diskutieren noch Beschlüsse zur ÖVP fassen sollte.¹¹³ Der am 6. Juni in Brüssel präsentierte Bericht fiel überwiegend positiv aus, der der ÖVP auch den Weg zurück zur vollen Mitwirkung in der EVP ermöglichte.¹¹⁴

110 Michael Gebler: Präventivschlag als Fehlschlag. Motive, Intentionen und Konsequenzen der EU-14-Sanktionsmaßnahmen gegen Österreich im Jahre 2000, in: Wilfried Loth (Hg.): Das europäische Projekt zu Beginn des 21. Jahrhunderts (Grundlagen für Europa 8), Opladen 2001, S. 325–382, hier S. 367–368; van Hecke: „Christen-democraten en conservatieven in de Europese Volkspartij, S. 262–263; Wolfram Kaiser: „Warum lernen Sie nicht aus der Geschichte?“ Deutschland und die Sanktionen der EU-14 gegen Österreich, in: Michael Gebler/Ingrid Böhler (Hg.): Verschiedene Wege nach Europa. Österreich und die Bundesrepublik Deutschland von 1945/49 bis zur Gegenwart, Innsbruck/Wien/Bozen 2007, S. 531–547, hier S. 540–542.

111 Mitteilung Dr. Andreas Kohl für den Verfasser, 22.2.2008.

112 ÖVP zieht sich zurück. Antrag auf Ausschluß zurückgezogen, in: Dolomiten, 7.4.2000.

113 Ende für Ausschluß, in: Plus 2 (2000), S. 9.

114 Freispruch für ÖVP/EVP-Bericht/EVP warnt Regierung vor Volksbefragung über Sanktionen. Nach dem positiven EVP-Bericht will sich die Bundesregierung erneut bei den EU-Partnern um ein Ende der Sanktionen bemühen, in: Die Presse, 7.6.2000.

Auch hierzu kann Khol noch einmal als Akteur und Zeitzeuge sprechen:

„Das Netzwerk EDU funktionierte dann wieder bei der Sanktionenbeendigung. Der Weisenausschuß wurde in der EVP geboren. Oreja veröffentlichte den Bericht vorab in Spanien, da er nicht wollte, von Chirac, dem EU-Vorsitz des Tages, abgeändert und beeinflusst zu werden. Chirac war auch sauer und konnte nichts anderes tun als den Bericht samt Vorschlag zur Kenntnis zu nehmen.“¹¹⁵

Entscheidende Vorarbeit für Entspannung und den späteren „Weisenbericht“ leisteten neben besonnenen EVP-Politikern auch Europas Konservative. Der EDU-Lenkungsausschuss sprach sich nach entsprechender Beobachtung der Situation in Österreich am 19. Mai 2000 für eine Aufhebung der Sanktionen aus. Der europäische Verbund konservativer und christdemokratischer Parteien, dem die ÖVP angehörte, hob in einer in London gefassten Resolution hervor, die Maßnahmen seien „nicht nur für Österreich schädlich, sondern in gleichem Maße für die weitere Entwicklung der EU“. Nach einer Bilanz der ersten hundert Tage der ÖVP-FPÖ-Bundesregierung wurde eine Normalisierung der Beziehungen empfohlen. Lediglich der neogaullistische Rassemblement pour la République (RPR) und die spanische Partido Popular (PP) hatten sich bei dem Beschluss der Stimme enthalten. Die Christdemokraten aus Belgien und den Niederlanden waren hingegen keine EDU-Mitglieder und konnten sich daher auch nicht negativ äußern.¹¹⁶

Die Aufhebung der „Sanktionen“ nur mit den Aktivitäten der transnationalen Parteinetzwerke zu erklären, wäre allerdings eine Verkürzung. Mitentscheidend war der zunehmende Druck der öffentlichen Meinung, der dazu führte, dass am 8. September 2000 die schon zuvor von der portugiesischen EU-Ratspräsidentschaft offiziell eingesetzten „Drei Weisen“ (Martti Ahtisaari, Jochen Frowein und Marcelina Oreja) ihren einstimmig verfassten Bericht an Frankreichs Staatspräsident Chirac übergaben. Christdemokratische und konservative Netzwerke hatten aber zweifelsohne nicht unwesentliche Vorarbeit zur Aufhebung der Boykottmaßnahmen geleistet. Am Vortag wurde Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU), der ein Ende der Sanktionen verlangt und demonstrative Rückendeckung für Österreich geleistet hatte, auf rotem Teppich in Wien empfangen.¹¹⁷ Mitentscheidend war außerdem die französische Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 2000. Im Vorfeld des Gipfels von Nizza war klar, dass nur mit einstimmigen Voten die Ziele zu erreichen waren, also auch die Stimme Österreichs dafür notwendig war.

115 Auskunft Dr. Khol für den Verfasser, 22.2.2008.

116 Europas Konservative: Sanktionen aufheben. Aber Frankreich beharrt auf deren Beibehaltung, in: *Der Standard*, 20./21.5.2000.

117 Demonstrative Rückendeckung für Österreich, in: *Coburger Tageblatt*, 8.9.2000; „Europa würde Schaden nehmen“, in: *Die Presse*, 8.9.2000.

Europäische Regierungen mit und ohne Netzwerke 1995–2005 – Pro und Kontra, Erfolge und Mißerfolge

In Form eines Ausblicks mit Blitzlichtern und Stichpunkten kann erfolgreiche und weniger zielführende Netzwurkbildung von Österreichs Parteipolitikern im Kontext des EU-Beitritts und der EU-Mitgliedschaft angedeutet werden:

- Mit dem EU-Beitritt von Schweden, Finnland und Österreich – die Norweger lehnten diesen per Volksabstimmung wie 1972 wieder ab – konnte sich der Neutralitätsstandpunkt auch in der EU nolens volens weiter behaupten. Die Neutralen brachten durch ihre Ablehnung der WEU diese Organisation praktisch um. Im Umweg mussten sie allerdings friedensschaffende Maßnahmen durch Aufstellung von Kampftruppen durch die „Petersberg-Aufgaben“ (1992) akzeptieren, die integraler Bestandteil des Amsterdamer Vertrags (1997, in Kraft 1999) wurden. Keiner der genannten Staaten gehört dennoch bis heute einem Militärbündnis an wie er auch keine Basen auf seinem Territorium gestattet. Im Zusammenhang mit dem EU-Verfassungsvertrag setzten die Allianzfreien eine nur fakultative Beistandsklausel durch. Dies war eine Mitgift der Neutralen für den europäischen Integrationsprozess und ein Ergebnis von Netzwerkarbeit auf der parteipolitischen (SPÖ-SPE) und diplomatischen Ebene. Die ÖVP drängte Ende der 1990er vergeblich in die NATO.
- Der einflussreichste Akteur und prominenteste Vertreter Österreichs im Rahmen der EU war seit dem EU-Beitritt Agrarkommissar (1995–2004) Franz Fischler (ÖVP), der im Wege christdemokratischer Parteienbeziehungen über Vermittlung von Vizkanzler Busek (ÖVP) beim designierten EU-Kommissionspräsidenten Jacques Santer (von der luxemburgischen CVP) in dessen Team kooptiert wurde.¹¹⁸ Bundeskanzler Vranitzky stimmte zu – in Ermangelung eines sozialdemokratischen (Gegen-)Kandidaten.¹¹⁹ In Österreich stieß Fischler vielfach auf Unverständnis, weil er keine österreichische Interessen-, sondern EU-Politik zu vertreten hatte. Es wurde ihm von EU-Kennern zugestanden, dass die auf dem im März 1999 verabschiedete „Agenda 2000“ seine Handschrift trug. Die Kollektivdemission der Kommission Santer überstand Fischler 1999 unbeschadet, wie er auch letztlich für Österreichs Bergbauern und Landwirtschaft im Rahmen der Politik der degressiven Ausgleichszahlungen profitable Ergebnisse erzielte.
- Das während des EU 14-Staaten-Boykotts gegen die österreichische Bundesregierung geborene Konzept der „strategischen Partnerschaft“ mit den MOE-Staaten, vor allem von Außenministerin Benita Ferrero-Waldner (ÖVP) forciert, um eine stärkere Koalition der mittel- und osteuropäischen Staaten zustande zu bringen, blieb unter den Erwartungen und musste in weiterer Folge in „regionale Partnerschaft“ umbenannt werden. Die Visegrad-Länder (Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn) waren nicht bereit, Österreich zu assoziieren oder gar als Mitglied aufzunehmen. Es gab in diesem Kontext offensichtlich keine erfolgreiche und wirksame parteipolitische Netzwurkbildung.

118 Mitteilung Agrarkommissar Dr. Franz Fischler an den Verfasser in Salzburg 15.1.2005.

119 Interview Dr. Busek, 8.6.2007.

- Die Nominierung von Erhard Busek zum Stabilitätspakt-Beauftragten für den Balkan (2002–2008) als Nachfolger für den Deutschen Bodo Hombach war nicht Ergebnis transnationaler parteipolitischer Netzwerkbildung, sondern Resultat persönlicher Beziehungen und Kontakte. Busek wurde vom ehemaligen US-Botschafter und Assistant Secretary of State Richard Schifter sowie aufgrund der Empfehlung von EU-Außenkommissar Chris Patten vorgeschlagen, denen die Ost- und Südosteuropa-Erfahrung Buseks bekannt war.
- Nach wie vor sind die Parteien-Vorbesprechungen vor wichtigen Räten und den Europäischen Räten relevant. Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (ÖVP) (2000–2006) hatte neben dem Parteinetzwerk auch ein eigenes persönliches Netzwerk aufgebaut und war in seiner zweiten Amtszeit (ab 2002) zu einem der einflussreichsten ÖVP-Politiker auf internationaler und europäischer Ebene avanciert.
- Ein weiteres Beispiel lieferte Khol für den Rahmen der „European governance“:

„Die Institutionen der Partezusammenarbeit schaffen diese persönliche Nähe, die auch dadurch nötig wird, weil man sich ja in den Europäischen Räten ständig sieht und gemeinsam Probleme löst. Schüssel gelang es, über die EVP-Vorbesprechung des Europäischen Rates die Gruppe der 14 zu schmieden, die Guy Verhofstadt als EU-Kommissionspräsidenten verhinderte, Schüssel unterstützte und dann nach Chiracs Veto Barroso, Merkels und Schüssels Kandidat, durchsetzte.“¹²⁰

Das historisch bedingte lange Fehlen und der erst nach dem Beitritt erkennbare Mangel an Erfahrung im EU-Lobbying Österreichs sind mit einem gewissen Effektivitätsrückstand im „EU policy making“ erklärbar. Die teils unterentwickelte Vernetzung auf den neuen Politikfeldern mit fehlender Einbindung in auf EU-Institutionen bezogene Netzwerke sowie teils fortbestehende Konkurrenzsituationen zwischen SPÖ- und ÖVP-Vertretern aufgrund nach wie vor gegebenem österreichischen Proporzdenken und nationaler Fokussierungen erschwerten die österreichische Personalpolitik in EU-Angelegenheiten. Inzwischen rückte zunehmend österreichischer Nachwuchs auf, der über EU-Vernetzungen wie das Europakolleg in Brügge verfügt. Für Busek ist aber wichtig festzustellen, daß es „zu wenig sind, weil Österreicher immer wieder gerne zu Hause bleiben“.¹²¹

Weiterführende analytische Überlegungen zur historischen Netzwerkarbeit: Europäische Netzwerk-Formation und inneres Netzwerk Regime

- (a) Außenpolitisch orientierte und transnational arbeitende Parteipolitiker Österreichs gab es von 1945 bis in die jüngste Zeit nur wenige: Im Europarat, der wichtigsten Organisation für Österreich außerhalb des EG-Rahmens, waren bis 1995 zunächst Eduard Ludwig (ÖVP) und Bruno Pittermann (SPÖ) als Beobachter, sodann Ludwig Steiner (ÖVP) und

120 E-Mail Information Andras Khol an den Verfasser, 6.3.2007.

121 Mitteilung Vizekanzler Dr. Erhard Busek für den Verfasser, 26.10.2007.

in führender Funktion als Präsident der Parlamentarischen Versammlung Karl Czernetz (SPÖ) 1975–1978 sowie als Generalsekretäre Lujo Tončić-Sorinj (ÖVP) 1969–1975, Franz Karasek 1979–1984 (ÖVP) und später Walter Schwimmer 1999–2004 (ÖVP) bzw. Peter Schieder (SPÖ) als Präsident der Parlamentarischen Versammlung aktiv. Zynisch, aber nicht unzutreffend äußerte hierzu Andreas Khol: „Mit Verlaub, in den Europarat gehen nur Abgeordnete, die Zeit haben, weil sie im Inland wenig zu tun haben.“¹²²

(b) Es handelte sich tatsächlich um Minister außer Dienst und Politiker aus der zweiten Reihe (National- und Bundesräte), die in der parteipolitischen Netzwerkbildung Europas aktiv wurden. Motivierende Themen waren nach 1945 die Positionierung eines unabhängigen und selbständigen Österreichs in der internationalen Arena, die Überwindung der außenpolitischen Isolation, die durch „Anschluss“ 1938 und Krieg 1939–1945 eingetreten war, die Verhinderung eines Ausgeschlossenseins von internationalen Gruppierungen und Organisationen wie der UNO (bis 1955), der EWG, EG und EU (bis 1995) oder auch der SEP und EVP (bis 1995) aufgrund des Besatzungs- und späteren Neutralitätsstatus, die Überwindung des Beobachterstatus in europäischen Organisationen (in der Beratenden Versammlung des Europarats bis 1956 und bei der Hohen Behörde der Montanunion 1952–1965) sowie die Positionierung Österreichs als Akteur und Vermittler der Europa- und Weltpolitik (in der UNO als zweimaliges nichtständiges Sicherheitsratsmitglied 1973/74 und 1991/92). ÖVP-Vertreter hatten tendenziell mehr Kontakte zu EWG-/EG-Staaten-Parteien (CDU, CSU, DC), während SPÖ-Vertreter stärker zu britischen bzw. skandinavischen „EFTA-counterparts“ tendierten.

(c) Qualitativ und generell ist ein Bedeutungszuwachs transnationaler Parteienkooperation und Netzwerkbildung von österreichischen Parteipolitikern seit den 1970er Jahren festzustellen. Die entstehende Existenz zweier relevanter Lager von Parteienbünden hatte einen stimulierenden Effekt, belebte den Wettbewerb und förderte die Konkurrenz zwischen ÖVP- und SPÖ-Außenpolitikern.

Die SI kompensierte für die Sozialisten und die EDU für die ÖVP den Mangel an fehlender Zugehörigkeit zur SPE bzw. zur EVP. Beide Organisationen fungierten in den 1970er und 1980er Jahren als Substitut der europäischen parteipolitischen Netzwerkbildung. Die konstituierenden Gruppierungen der Netzwerke bestanden aus Personen, die an außenpolitischen und internationalen Fragen überdurchschnittlich interessiert waren. In der ÖVP waren dies überwiegend kern- und westeuropäisch ausgerichtete Vertreter. Dabei spielten vor allem Kontakte zur deutschen CDU/CSU, zum französischen MRP bis zu seiner Auflösung und zur italienischen DC eine Rolle.¹²³

122 Email Nachricht Andreas Khol für den Verfasser, 12.2.2007.

123 Für die Anfänge siehe hierzu Lois Weinberger: Pariser Eindrücke, in: Österreichische Monatshefte 7 (April 1946), S. 275–278, hier S. 277; Anton Pelinka: MRP und ÖVP – Vorbild auf Zeit, in: Rudolf Altmüller/Helmut Konrad/Anton Pelinka/Gilbert Ravy/Gerald Stieg (Hg.): Festschrift Mélanges Felix Kreissler (Veröffentlichungen des Ludwig Boltzmann Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung, Linz und des Centre d'Études et de Recherches Autrichiennes, Rouen), Wien/München/Zürich 1985, S. 139–148, hier S. 139 ff.; Helmut Karlick: Lois Weinberger. Ein Leben für Österreich, Wien 1988.

- (d) Auf der Ebene persönlicher Kontakte waren die Beziehungen zwischen Leopold Figl und Alcide De Gasperi, Josef Klaus und Kurt Georg Kiesinger bzw. Alois Mock und Helmut Kohl gute bis ausgezeichnete, so dass auch vertrauliche Absprachen getroffen werden konnten. Es handelte sich um informelle Netzwerke, die personen-, d. h. zeitabhängig und daher auch nur kurz- und mittelfristig wirksam waren. Durch die langen Amtszeiten (z. B. Kreisky oder Kohl) konnten sie auch langfristig von Bedeutung sein. Durch starke personelle Kontinuitäten in den Organisationsformen (Mock, Kohl) konnten auch die formelleren Netzwerke eine starke Wirkung entfalten.
- (e) In den 1980er und 1990er Jahren durchmischte sich die geographische Differenz der außenpolitischen Schwerpunkte der beiden größten Parteien Österreichs mehr. Es ging von 1989 an gemeinsam und hauptsächlich um Österreichs EG-Beitrittsambition und ab 1995 um die Positionierung in der EU. Die verschiedenen ÖVP-Netzwerke waren vergleichsweise stärker „Kerneuropa“- , die der SPÖ mehr Peripherie- bzw. „EFTA-Europa“- orientiert. Es erfolgte jedoch ein qualitativer Wechsel und eine Diversifizierung der außenpolitischen Ausrichtungen und Kommunikationslinien mit dem EU-Beitritt.
- (f) Ein spezifisches Anliegen stellte die Südtirolpolitik Österreichs dar. Die zu verschiedenen Zeitpunkten (1945/46; 1959–1961; 1967–1969; 1989–1992) akut und brisant werdende Südtirolfrage ließ besonders für Italien eine spezifisch bilaterale Fühlungnahme notwendig werden, was in den 1960er und Anfang der 1990er Jahre intensiviert werden konnte.
- (g) Die auf Netzwerk-Bildung ausgerichteten österreichischen Akteure hatten mit erheblichen Problemen zu kämpfen, vor allem wegen der Dominanz der Innen- und Parteipolitik, die unter den meisten führenden Politikern bzw. Mehrheitspartei-Mitgliedern weitgehend außenpolitisches Desinteresse (ÖVP) und Zurückhaltung (SPÖ) bedingte. Das hatte zur Folge, dass nur eingeschränkt finanzielle Mittel für die Organisation von und die Mitwirkung an transnationalen Netzwerken vorhanden waren. Daneben spielte anfänglich und lange Zeit auch die fehlende Fremdsprachenkompetenz der Akteure eine Rolle, so dass diese auf ausländische Verbindungsleute (z. B. Victor Koutzine für den christdemokratischen westeuropäischen Genfer Kreis 1947–1955 oder Rudolf Moser in der Vermittlung zwischen Leopold Figl und Alcide De Gasperi – wobei dieser schon traditionell gute Verbindungen zu den Wiener Christlichsozialen vor dem Ersten Weltkrieg unterhielt – in der Südtirolfrage der 1950er) angewiesen waren.¹²⁴

Es gab Verbindungsleute zum MRP in Frankreich wie Koutzine, Moser zur DC in Italien, Steiner zur SVP in Bozen, Busek zur Dissidenten- und Oppositionellenszene in Mittel- und Osteuropa, Mock zu Strauß und Kohl, Kohl zu den Giscardisten und Neo-Gaullisten in Frankreich, nicht zu reden von den persönlichen Kontakten Kreiskys zu Brandt und Palme. Mit Jankowitsch, Kohl und Mock waren sodann Außenpolitiker der Parteien in den 1980er und 1990er Jahren vorhanden, die fließend Englisch und Französisch sprechen konnten.

124 Daniela Preda: Alcide De Gasperi federalista europeo, Bologna 2004, S. 45 (Anm. 26). Der Privatmann Moser war noch in den Jahren 1964/65 im Südtirolkonflikt als Vermittler zwischen DC und ÖVP wichtig, siehe Hermann Withalm, Aufzeichnungen, Graz/Wien/Köln 1973, 127–130.

(h) Politische Konflikte und Problemlösungsbedarf begünstigen ebenfalls Netzwerkbildungen, wobei mit dem Mobilfunk die „handy diplomacy“ ein neuer Kommunikationsfaktor geworden ist. In der Südtirolpolitik entwickelten sich immer wieder bilaterale Kontakte ohne ausgesprochene Netzwerkbildungen, so zwischen Kreisky und Giuseppe Saragat in der ersten Hälfte der 1960er Jahre, Ludwig Steiner und Alcide Berloffä sowie mit Alois Mock (und dem Sozialdemokraten Gianni De Michelis) und Giulio Andreotti Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre.¹²⁵ Ein maßgebender österreichischer Südtirol-Verhandler hatte Khol wissen lassen, Berloffä sei „der einzige Südtiroler“ gewesen, „der ihn nie angelogen“ habe! Befragt zum Wert von Netzwerken meint Andreas Khol:

„Natürlich bewirken die Netzwerke gemeinsame persönliche Beziehungen, Einladungen zur Wahlhilfe, zu den Festspielen u. ä. Netzwerke erzeugten die persönlichen Beziehungen, deren Gradmesser ab den 90er Jahren die persönliche Handynummer war. Wir konnten unsere wichtigsten Kontrahenten blitzartig über Handy erreichen und brauchten die Botschafter nicht mehr. So rief Schlüssel in meiner Gegenwart Berlusconi an, als die italienische Verfassungsreform heiß für Südtirol wurde, und ich sofort den Parlamentspräsidenten Casini und lösten die Knoten.“¹²⁶

(i) Die Schwierigkeit der historischen Rekonstruktionsarbeit von partei- und regierungspolitischen Netzwerken der letzten 15 Jahre liegt im Mangel an schriftlichen Quellen, wenn die hauptsächliche Kommunikation via Handy „läuft“. Zum gleichen Thema äußert sich Khol nochmals:

„Verfassungsreform Italien (...) Das Kind war schon in den Brunnen gefallen, eine Südtirolfeindliche Schlußklausel im Ausschuß beschlossen, wonach die Italiener in Südtirol eigene Schutzrechte gegenüber der Landesregierung haben sollten. Rechtsanwalt und Abg. [Karl] Zeller telefonierte mit mir, gab mir die rechtstechnischen italienisch-rechtlichen Argumente in die Hand: in Schlußbestimmungen können keine neuen Rechte begründet werden, ich telefonierte mit Freund Casini, er übernahm die Begründung und schon war die Sache vom Tisch. 20 Minuten, drei Stunden vor der Abstimmung ...“

Mit Lösung des Südtirolproblems und Abnahme der zwischenstaatlichen Brisanz dieser Thematik „schliefen“ laut Khol die besonderen ÖVP-DC-Beziehungen „ein“, die seit Anfang der 1980er Jahre vor allem zwischen Flaminio Piccoli und Alois Mock geknüpft worden waren, dann aber nicht mehr zustande kamen. Sie wurden durch persönliche Kontakte von Busek mit den wechselnden DC- bzw. PPI-Vorsitzenden ersetzt.¹²⁷

125 Khol: Die internationale Partienzusammenarbeit, S. 388–389.

126 Mitteilung Dr. Khol, 6.3.2007.

127 Khol: Die internationalen Partienzusammenarbeit, S. 388.

- (j) Mittel-Osteuropa war als Thema politischer Netzwerkarbeit ein Sonderfall: Der österreichische Unterrichts- und Wissenschaftsminister Busek war eine doppelte Ausnahme insofern, als er mit seinen mittel- und osteuropäischen Kontakten eine alternative Netzwerkbildung anpeilte und zwar auf gesellschafts- und kulturpolitischer Ebene mit der katholischen und liberalen Intelligenz und den entstehenden Zivilgesellschaften in Mittel- und Osteuropa – zu einem Zeitpunkt, als weder das Ende der UdSSR noch die Perspektive einer Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften absehbar waren, was nicht nur innerparteiliche Anerkennung fand,¹²⁸ sondern auch zu erheblichem Ansehen Österreichs in Ost-Mitteleuropa beitrug. Für Busek waren persönliche Netzwerke wichtiger als parteipolitische. Es ist davon auszugehen, dass dies für viele österreichischen Parteipolitiker im transnationalen Kooperationskontext galt.

Außereuropäische Perspektiven wurden seitens der ÖVP erst in den 1980er Jahren über die IDU-Aktivitäten von Mock entwickelt. Bei den Sozialisten dominierte zunächst eine starke europäische Komponente, der Horizont zur globalen Politik und ihren Fragestellungen öffnete sich bereits ab den 1950er Jahren. Dies äußerte sich verstärkt in den 1970er Jahren, also früher als bei der ÖVP. Es dominierten zunächst Kontakte zur britischen Labourparty und zu den deutschen und schwedischen Sozialdemokraten.

Die Kontakte und Beziehungen waren via SI, EUCD und EDU zum Teil formalisiert, größtenteils jedoch informeller Natur. Es gab weniger formelle Beschlüsse und dezidierte politische Entscheidungen – die aus nationalen Parteivertretungen konstituierten Organisationen und geknüpften Netzwerke waren keine Regierungen –, aber Fühlungnahmen, Beratungen, Abstimmungen und Empfehlungen über im Rahmen von Koalitionen und Regierungen zu treffende Entscheidungen, Vorabgespräche vor EU-Gipfelkonferenzen bzw. den Europäischen Räten. Informelle Verabredungen und Vereinbarungen waren keine Seltenheit.

- (k) Es ist keine Frage, dass Parteienvertreter größerer europäischer Staaten wie die Sozialisten Frankreichs, Italiens, Spaniens und der Bundesrepublik sowie der Christdemokraten Deutschlands und Italiens im Rahmen der Netzwerke ein partei- und machtpolitisches Übergewicht gegenüber den Repräsentanten kleinerer Länder hatten. SPÖ- wie ÖVP-Repräsentanten nutzten jedoch ihren Status als Kleinstaatler und speziell ihre Defensivposition sowie ihre „Neutralität“, um Positionen der Mitte bzw. solche der Vermittlung einzunehmen.
- (l) Die eher informelle Netzwerkarbeit förderte durch Vermeidung von zu großer Verbindlichkeit und Zwanghaftigkeit indirekt die Flexibilität und Kohäsion der Netzwerke. Die informelle Kooperation der Parteiführer auf EDU-Ebene erleichterte Österreichs EG-Beitrittsambitionen, aber auch die Absprachen unter den europäischen Sozialistenführern der EFTA-Staaten bzw. der nordischen Länder bewirkten nicht unerhebliche Fortschritte.

Netzwerk-Ebenen und Funktionen

- (a) Die transnationalen Netzwerke waren für die Stellung der betreffenden Politiker in der Innenpolitik relativ unerheblich, jedenfalls bis in die Zeit der 1980er Jahre. Sie ermöglichten aber einen Informationsvorsprung und Argumentationsvorteil gegenüber nationalen Oppositionsvertretern und einen Bonus an außenpolitischer und internationaler Kompetenz, wenngleich dieser in seinem Wert begrenzt blieb. In Entscheidungs- und Krisensituationen Österreichs erwiesen sich diese außenpolitischen und internationalen „Netzwerker“ ab Ende der 1980er Jahre zunehmend günstiger und vorteilhafter für das Ansehen Österreichs auch mit Blick auf Bewerbungen für internationale Organisationen und das Image des Landes in Europa und der Welt, das mit der Waldheim-Debatte stark zu leiden begonnen hatte. Netzwerke waren hier zur Abwehr und Linderung der Angriffe zunächst noch schwach und unterentwickelt, so dass ehemalige Widerstandskämpfer wie Karl Gruber, Fritz Molden und Hans Reichmann an die Beschwichtigungsfront geschickt werden mussten. Dagegen profilierte sich Busek als Regierungsbeauftragter für die EU-Osterweiterung in den schwierigen Jahren unter der „schwarz-blauen“ Regierung 2000–2001 und Stabilitätspaktbeauftragter für Südosteuropa ab 2002–2008. Er wurde bereits seit Ende 1996 auf Betreiben des State Department in Washington durch die OSCE als Coordinator der South East European Cooperative Initiative (SECI) bestellt. Wolfgang Petritsch war als ehemaliger Sekretär von Bruno Kreisky Beauftragter für Herzegowina-Bosnien sowie dann in Aussicht genommener SPÖ-Nationalrat und potentieller Kandidat für den Außenministerposten im Vorfeld des Wahlkampfs 2002.
- (b) Österreichische Parteipolitiker, die sich auf der europäischen Ebene bewegten, sei es im Europäischen Parlament oder in anderen EU-Funktionen, erfreuten sich z. T. nur geringer innenpolitischer Aufmerksamkeit und medialen Interesses. Sie erfuhren in Brüssel und Straßburg Sozialisationen im Wege von Entnationalisierung und Europäisierung. Beispiele dafür sind Othmar Karas (ÖVP-EVP), Hannes Swoboda (SPÖ-SPE) oder Johannes Voggenhuber (Grüne), die sich absichtsvoll, bewusst und gezielt gegen die Positionen ihrer eigenen Parteien in Österreich stellten, sei es beispielsweise in der Frage der Ausgestaltung und Erweiterung des EU-Budgets, in der Reform der EU-Institutionen oder der Frage der Obsoleszenz der Neutralität.
- (c) Die Netzwerkarbeit österreichischer Parteipolitiker hat sich nach dem EU-Beitritt vornehmlich auf EU-Politik konzentriert und sich damit auch tendenziell weltpolitisch reduziert. Nord-Süd-Themen bzw. globale Anliegen haben teils an Relevanz verloren, teils werden sie im EU-Rahmen artikuliert und kommuniziert. Die Umstände, dass die ÖVP eine Regierungspartei (von 1987 bis heute) und Österreich EU-Mitglied (seit 1995) wurde, machte für sie transnationale parteipolitische Netzwerkbildung weniger bedeutsam.

Austrospezifika im Kontext des Wandels transnationaler Parteienkooperationen

Die Netzwerkarbeit österreichischer Parteienvertreter vollzog sich in der Regel im dynamischen Mehrebenensystem verschiedener Institutionen, Organisationen und Lobbies:

- (a) Auf der Ebene transnationaler Parteienkooperation außerhalb der Europäischen Union war vor allem und zu allererst der Europarat ein Forum der Netzbildung, der früh von österreichischen Politikern gesucht wurde, was mit Ludwig, Pittermann, Schwimmer und Schieder gezeigt werden konnte. Aber dieses Forum trug mit seiner Arbeit nicht zu mehr ökonomischer Integration im Sinne des österreichischen EU-Beitritts bei.
- (b) Außerhalb des Europäischen Parlaments gab es vor Österreichs EU-Beitritt europapolitische Netzbildungen im Rahmen der SI und der EDU, innerhalb des Europäischen Parlaments nach dem EU-Beitritt in den Fraktionen der SPE und der EVP. Nennenswerte Vertreter waren Bruno Kreisky und Alois Mock einerseits und heute Othmar Karas und Hannes Swoboda (SPÖ) andererseits.
- (c) Auf der Ebene des Verbände-Lobbyismus gab es durch die Vertretungen der Handels- und Wirtschaftskammern (WKÖ) bzw. der Industriellenvereinigung (VÖI) und der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) unauffällig hinter den Kulissen agierende Interessensvertreter. Als besonders nennenswerte Beispiele können Rudolf Sallinger und Leopold Maderthaler von der Bundeswirtschaftskammer, Herbert Krejci von der VÖI oder Klaus Liebscher von der OeNB angeführt werden.
- (d) Auf der Ebene der höchsten Regierungspolitik („high politics“) zwischen Staats- und Regierungschefs oder Außenminister kamen persönliche Beziehungen (Raab-Adenauer, Klaus-Kiesinger, Kreisky-Brandt; Mock-Kohl; Schüssel-Berlusconi, Schüssel-Merkel) zum Tragen und es wiederholten sich bilaterale Kontaktintensivierungen und Netzbildungen, die auf die transnationalen Parteienbünde rückwirkten.
- (e) Bezieht man die personellen Umfelder der Büroleiter und Kabinette mit ein, so handelte es sich um multilaterale Beziehungen und „spill over“-Netzbildungen auf der Ebene der Leiter der internationalen Büros der Parteien. Ein Beispiel sei hier zitiert: Für den seit 1996 als Exekutivsekretär der EDU und ab November 2000 tätigen Generalsekretär-Stellvertreter der EVP in Brüssel, Alexis Wintoniak, war das wichtigste Netzwerk die Zusammenarbeit der „Internationalen Sekretäre“ der christdemokratischen und konservativen Parteien: „Einerseits trafen wir regelmäßig im Rahmen des EDU-Lenkungsausschusses zusammen, andererseits hatten wir eine laufende Zusammenarbeit auf direktem Wege. Diese Kooperation war sehr effizient und verlässlich, war man doch mehrmals die Woche bzw. manchmal täglich auf einander angewiesen. So hatte jeder von uns in allen europäischen Ländern einen Kollegen, mit dem er rasch und unbürokratisch kleine und große Angelegenheiten regeln konnte. Da die Internationalen Sekretäre immer bei den ‚Chefs‘ angesiedelt sind, war diese informelle Struktur nicht nur für Oppositionsparteien, sondern ebenso für Regierungsparteien wichtig, denn manchmal eignet sich der offizielle Amtsweg eben nicht.“¹²⁹

- (f) Die mitunter extrem EU-kritische Haltung der Mehrheit der österreichischen Bevölkerung in den letzten Jahren¹³⁰ hat bisher auf die österreichische transnationale Netzwerkarbeit – jedenfalls von außen betrachtet – keinen erkennbaren Einfluss ausgeübt. Eher könnte man, so scheint es, umgekehrt argumentieren, dass die nach dem EU-Beitritt nachlassende transnationale parteipolitische Aktivität im europäischen Rahmen zu dieser Malaise mit beigetragen hat.

130 Michael Gebler: Österreichs Weg in die Europäische Union, Innsbruck/Wien/Bozen 2009, S. 186–189.